

Volksstimme

Einzelpreis 50 Pf.

Sozialdemokratische Zeitung für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Pieper, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Pieper, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pieper & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprechnummer: 1587, für die Redaktion Nr. 1794, für den Verlag und die Druckerei Nr. 861. Postzeitungsliste 2. Nachtrag, Seite 110.

Bezugspreis: Vierteljährlich einschließlich Zustellung 36,00 Mark, monatlich 12,00 Mark. Beim Abholen vom Verlag und den Ausgabestellen vierteljährlich 33,75 Mark, monatlich 11,25 Mark. Bei den Postanstalten vierteljährlich 36,90 Mark, monatlich 12,30 Mark. — Anzeigengebühren: die gewöhnliche Spaltenbreite 1,75 Mark, auswärts 2,50 Mark, im Reklameteil Seite 7,00 Mark, auswärts 10,00 Mark. Belegblätter Seite 1,50 Mark. Anzeigenrabatt geht verloren, wenn nicht binnen 20 Tagen Zahlung erfolgt. Postfachkonto: Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 46.

Magdeburg, Donnerstag den 23. Februar 1922.

33. Jahrgang.

Rückkehr zur Vernunft.

Je mehr Ursache man hat, die fürchterliche Verwirrung zu beklagen, in die die deutsche Arbeiterbewegung durch den Krieg geraten ist, desto mehr Grund hat man auch, sich zu freuen, daß die Vernunft allmählich wieder zurückkehrt. Diese Rückkehr zur Vernunft, zu ruhigerem, mit der Wirklichkeit rechnendem politischen Denken, vollzieht sich in stärkerem Maße, als es den Anschein hat, wenn man nur den Streit der Richtungen hört. Betrachtet man die Entwicklung der Dinge rückblickend, so erkennt man, welches Stück des Weges zur Vernunft sogar die Kommunisten schon zurückgelegt haben. Keiner von ihnen will sich mehr zum Märzputsch als einer „revolutionären Aktion“ bekennen, in den Parlamenten gebärden sich die Kommunisten als die richtigen „Parlamentarischen Kreisläufer“, halten zu allen Gelegenheiten mit der Wiener größter Wichtigkeit ungeheurer lange Reden, die freilich niemand hört und niemand liest, aber wenn man sich doch einmal die Mühe macht, zuzuhören, so kann man die Beobachtung machen, daß sich auch hier das Betreiben geltend macht, bloßes Wortgerassel etwas mehr in den Hintergrund treten zu lassen, und es durch sachliche Erörterungen zu ersetzen. Längst verstummt ist der Ruf: „Alle Macht den Räden!“ Längst nicht mehr wird uns das heilige Sowjetrußland als Vorbild gepriesen. Der Rufschrei verfliegt, es naht ein kühler, nächster Morgen.

Und nun gar erst die Unabhängigen! Vor drei Jahren marschierte ihr linker Flügel begeistert mit den Kommunisten, die Rechte ließ sich widerwillig nachziehen. Aber der Rechten und der Linken galt gemeinsam die Koalitionspolitik der Sozialdemokratischen Partei als das schlimmste aller Verbrechen. Heute sind die Unabhängigen gerade nur noch so weit, daß sie selber in eine Koalitionsregierung nicht eintreten wollen, sie sind aber um das Leben der bestehenden Koalitionsregierung ängstlich besorgt, und wenn es in Gefahr kommt, tun sie so viel, wie man eben tun kann, wenn man noch das Gesicht wahren will, um es zu retten. 25 Mitglieder der unabhängigen Reichstagsfraktion haben sich bei der Entscheidung vom 15. Februar der Stimme enthalten, um den Sturz der Regierung Wirth-Bauer-Rathenau zu verhindern. Von diesen 25 waren ein Dutzend oder dreizehn der Sitzung fürsorglich ferngeblieben; nur zwei davon sind durch Krankheit zu entschuldigen; die übrigen hatten sich gedrückt. Ein weiteres Dutzend oder auch dreizehn — die Angaben schwanken, genau scheint niemand die Zahl zu kennen — hat unmittelbar vor Beginn der Abstimmung den Saal verlassen, um ebenfalls den Sturz der Regierung Wirth-Bauer-Rathenau zu verhindern.

Wären die Unabhängigen heute noch so erbitterte Gegner der sozialdemokratischen Koalitionspolitik, wie sie es früher gewesen sind, so hätte sich über den Häuptern der 25 Dissidenten und nun gar über den Scheiteln der zwölf oder dreizehn offen Demonstrierenden ein fürchterliches Unwetter entladen müssen. Es ist aber nichts dergleichen geschehen. In Magdeburg glauben die Unabhängigen, daß eine Betriebsratsfraktion der Metallarbeiter wichtiger ist als die Abstimmung im Reichstag; sie entschuldigen und begreifen daher, daß Brandes und Dörmann in Stuttgart geblieben sind. Selbst vor den Funktionären von Berlin, die sonst immer allen oder dem radikalen Sozialismus um einige Meilen voraus sind, haben sogar die dreizehn Demonstranten ganz gut abgeschrieben. Auch das ist ein Anzeichen, und zwar ein starkes, für die allgemein einsetzende Rückkehr zur Vernunft.

Einer von denen, die auf diesem Marsch zurückbleiben, ist freilich der alte Georg Ledebour. Er veröffentlicht in der „Freiheit“ einen Artikel, der im Gegensatz zu den Dissidenten den Sturz der gegenwärtigen Koalitionsregierung, wenn auch nicht als etwas durchaus Wünschenswertes, so doch als etwas darstellt, was sich im Interesse der Arbeiterklasse ganz gut hätte ertragen lassen. Denn, meint Ledebour, wäre am 15. Februar das Kabinett Wirth gestürzt, dann hätten die Unabhängigen sofort an die Sozialdemokraten und an die Kommunisten mit dem Vorschlag herantreten können, man sollte gemeinsam vom Reichspräsidenten die Ernennung einer rein sozialistischen Arbeiterregierung verlangen.

Was hätte der Reichspräsident erwidern müssen, wenn ihm ein solches gemeinsames Verlangen vorgebracht worden wäre? Er hätte erwidern müssen: „Mein Amt ist, die Verfassung zu schützen. Ich bin nicht als Diktator eingesetzt, der machen kann, was ihm beliebt, sondern mein Handeln und Unterlassen wird mir von der Verfassung vorgeschrieben. Ich

kann zwar eine Regierung ernennen, die im Reichstag keine Mehrheit hat, aber diese Regierung ist verpflichtet, sofort wieder zurückzutreten, wenn sich herausstellt, daß sie das Vertrauen der Reichstagsmehrheit nicht besitzt. Die rein sozialistische Arbeiterregierung müßte also am Tag, an dem sie vor den Reichstag tritt, auch schon wieder ihre Demission vollziehen. Ich kann zwar den Reichstag auflösen, um eine Veränderung der Mehrheitsverhältnisse herbeizuführen, ich kann das gewissenhafterweise nicht tun, wenn nicht ein sehr starker Grad von Wahrscheinlichkeit dafür spricht, daß die Neuwahlen zu dem angestrebten Ziele führen werden. Diese Wahrscheinlichkeit ist zurzeit nicht vorhanden, da der Eisenbahnbeamtenstreik die schwankenden Elemente eher nach rechts getrieben hat als nach links, wie ja schon der vorletzte Gemeindearbeiterstreik bewirkte, daß selbst im roten Berlin die sozialistische Mehrheit verloren ging. Aus alledem folgt, daß ich weder eine rein sozialistische Regierung ernennen, noch zu dem Zweck, einer solchen Regierung das Leben zu ermöglichen, den Reichstag auflösen kann.“

So müßte der Reichspräsident zu einer Abordnung sprechen, die ihm das Verlangen nach der Ernennung einer rein sozialistischen Reichsregierung vortragen würde. Und wenn sich dann Ledebour in dieser Abordnung befände, was würde er darauf zu entgegnen haben? Gerade Ledebour war in kaiserlicher Zeit der entschiedenste Vorkämpfer des parlamentarischen demokratischen Systems. Die Gebarden, die gegen die Ernennung einer rein sozialistischen Regierung in diesem Augenblick sprechen, müssen ihm wohl bekannt sein. Was bleibt von seiner Argumentation übrig? Nichts als das Bild einer trostlosen Verwirrung!

Eine rein sozialistische Regierung im Reich wird möglich sein, wenn einmal die Parteispalter links von der Sozialdemokratie verschwinden sein werden, und wenn es einer einzigen Sozialdemokratischen Partei möglich sein wird, die gesamte Stoßkraft ihres geistigen Kampfes gegen die bürgerlichen Parteien zu entfalten. Eine einzige Sozialdemokratie, hinter der eine gewaltige Mehrheit des deutschen Volkes steht, ist die unerläßliche Vorbedingung für die Bildung einer rein sozialistischen Regierung.

Solange diese Vorbedingungen nicht geschaffen sind, kann die Sozialdemokratische Partei errungene Machtpositionen, die sie im Interesse der Arbeiterklasse hält, nicht freiwillig räumen. Sie kann die Herrschaft über dieses unglückliche Deutschland nicht denjenigen überlassen, die es in sein Unglück gestürzt haben, den Reaktionsären und Nationalisten. Und daraus ergibt sich der Zwang zur Koalitionspolitik.

Das Ergebnis der neuesten Entwicklung ist das klare Hervortreten der Tatsache, daß die Unabhängigen die Notwendigkeit der Koalitionspolitik zum größten Teile schon begriffen haben. Und wenn es auch noch in ihren Reihen manchen Meister Anton gibt, der seine Zeit nicht versteht, so sind das doch nur noch Ausnahmen, die lediglich die Regel bestätigen.

Die Abstimmung im Reichstag am 15. Februar, das Verhalten der Unabhängigen in dieser Sitzung und die Tatsache, daß ihre Dissidenten und Drückberger unangefochten bleiben, haben den vollgültigen Beweis dafür geliefert. Ein erheblicher Teil der Unabhängigen erkennt an, daß die Politik richtig ist, die die Sozialdemokratie seit drei Jahren betreibt hat. —

Deutschland und Sowjetrußland.

Die vorübergehende Abwesenheit des russischen Staatskommissars Kadek in Berlin hat bereits zu den verschiedenartigsten Vermutungen und Behauptungen Anlaß gegeben. Neuerdings wird gemeldet, daß die Sowjetregierung von Frankreich einen Milliardenkredit verlangt und daß sich Vertreter der französischen und der russischen Regierung bereits auf eine Grundlage für einen französisch-russischen Vertrag geeinigt haben. Wie wir hierzu von maßgebender Seite erfahren, treffen diese Behauptungen nicht zu. Bisher ist weder ein Vertrag, noch irgendwelche Umrisse über ein Vertragsverhältnis zwischen Frankreich und Rußland zustande gekommen.

Das Verhältnis Rußlands zu Deutschland und andern Staaten bzw. die Verhandlungen, welche Vertreter von Sowjetrußland mit verschiedenen Staaten führten, wären

Beratungsgegenstand in einer Sitzung des Auswärtigen Ausschusses im Reichstag. Der Reichskanzler, der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Rathenau nahmen an den Verhandlungen teil.

Am Mittwoch sollen die Beratungen fortgesetzt werden. Kennenswerte Gegenätze zwischen den Abgeordneten und der Regierung scheinen sich nicht ergeben zu haben. Die russischen Vertreter, die in den vergangenen Wochen in Berlin mit führenden Persönlichkeiten verschiedener Parteien Führung genommen haben, werden sicher den Eindruck mit nach Rußland nehmen, daß in Deutschland heinabe allgemein der Wunsch nach einer wirtschaftlichen Verständigung und entsprechender politischen Beziehungen mit Rußland besteht. Ueber den Weg zu diesem Ziel und über die Möglichkeit eines solchen Abkommens gibt es naturgemäß verschiedene Anschauungen. —

Neue sozialistische Regierung in Braunschweig.

Das am 22. Januar 1922 neu gewählte braunschweigische Parlament trat am Dienstag zu seiner ersten Sitzung zusammen.

Sepp Derters nahm daran nicht teil. In einem Schreiben an den Präsidenten protestierte er gegen das Vorgehen der unabhängigen Fraktion, die von sich aus die Mandatniederlegung für Sepp Derters mitgeteilt hatte. Derters bezog sich in seinem Schreiben auf den am 19. März stattfindenden Bezirksparteitag, der allein über sein Mandat zu entscheiden habe. Gleichzeitig bat er aber auch um Vermeidung bis zum 20. März.

Die alte unabhängig-sozialdemokratische Regierung gab eine Erklärung ab, daß sie nach dem Ausfall der Wahlen keinen Grund zur Niederlegung des Amtes habe. Die Mehrheitsparteien des Landtags hätten überdies die Weiterführung der Geschäfte durch die bisherige Regierung gewünscht.

Ein Antrag der Mehrheitsparteien auf Neuwahl des Ministeriums wurde zunächst abgelehnt. Da aber nach der Landesverfassung eine Neuwahl nicht umgangen werden kann, mußte dem Antrag stattgegeben werden. Auf die Zusammenziehung der Regierung hatte dies Zwischenspiel aber keinen Einfluß. Wiedergewählt wurden die bisherigen Minister August Junke (Unabh. Soz.), Grotemohl (Unabh. Soz.), Antrid (Soz.), Steinbrecher (Soz.), und als fünfter Minister wurde neu gewählt der Unabhängige Wejemeier, der erste Vizepräsident des Landtags, alle mit 28 gegen 26 Stimmen der Bürgerlichen, die weiße Partei abgaben. Die Verteilung der Ressorts ist noch nicht vorgenommen.

Braunschweig wird also für die nächste Zukunft weiter von einer sozialistischen Regierung verwaltet werden, wie es das Land durch seine Stimmabgabe am 22. Januar gewünscht hat. —

Sepp Derters „Tätigkeit“.

Sepp Derters ist jetzt in Braunschweig erledigt und schimpft nun, wie das bei unaußereim Leuten immer der Fall ist, recht kräftig auf seine früheren Freunde. Dazu benutzt er die bürgerliche Presse, die sich ihm natürlich gern zur Verfügung stellt, denn bei einer Schimpfkanonade dieser Art haben die Bürgerlichen nur zu gewinnen.

In der Braunschweiger „Freiheit“ wird ein schönes Beispiel gegeben von Derters Methode, sich zu rechtfertigen. Er behauptet, eine Quittung über 4000 Mark, die er erhalten habe, sei für persönliche Auslagen ausgestellt worden und der Minister Grotemohl — sein früherer Parteigenosse — habe die Versammlung, in der er diese Quittung zeigte, gefälscht.

Grotemohl veröffentlicht nun den Wortlaut der Quittung:

Liquidation,
Mark 4000,00

in Worten: „Viertausend Mark“ für meine Tätigkeit als Staatskommissar bei den Weyersteinbrücken, G. m. b. H., von Herrn Generaldirektor Remmel erhalten zu haben, befreit

Braunschweig, den 17. Juni 1921.

gez.: Sepp Derters.

Der Minister Grotemohl fragt mit Recht:

Wo ist da die Rede von persönlichen Auslagen? Was sagt nun Herr Wejemeier in seiner eideschwurähnlichen Erklärung? „Eine Entschädigung für meine Mißverwaltung hat er — Derters — weder beantragt noch erhalten.“ — Mißverwaltung — Tätigkeit? Wo ist ein Unterschlag?

Derters geniert sich nicht, seine früheren Parteigenossen samt und sonders mit „unabhängigem Lumpengefindel“ zu bezeichnen. Das ist der gerechte Lohn dafür, daß sie sich erst von außen her zwingen lassen mußten, gegen das unaußereime Derters Front zu machen. —

Verkauf des „Freiheit“-Inventars.

Dem „Vorwärts“ entnehmen wir folgende Mitteilung:
Nachdem die Berliner Druckerei G. m. b. H., Eigentum der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, bereits vor einiger Zeit ihr Grundstück Breite Straße an eine Bank verkauft hat, erfährt jetzt das „Berliner Tageblatt“ aus angeblich sicherer Quelle, daß auch die gesamten Druckereianlagen (ausschließlich der Firma und der Zeitung) an die Buchdruckerei Ernst Ritzsch Erben für 8 Millionen Mark verkauft werden sollen. Die „Freiheit“ wird danach künftig nicht mehr im eignen Betrieb gedruckt werden, sondern ihre Herstellung soll an eine Berliner Firma vergeben werden.

Wir können dazu folgendes mitteilen: Das Druckerunternehmen der Unabhängigen wurde geschaffen, als diese Partei auf ihrem Höhepunkt stand. Bei der Zusammenfassung der Einrichtungen ging man dabei von der Erwartung weiteren Wachstums, mindestens aber einer gleichbleibenden Stärke der Partei aus. Mit der Hallenser Spaltung trat jedoch eine so starke Verkleinerung der Partei ein, daß sie für das Unternehmen keine tragfähige Grundlage mehr bot. Infolgedessen arbeitete dieses, was öffentliches Geheimnis war, mit starker Unterbilanz, die nun zur Aufgabe des Gesamtunternehmens geführt hat.

Die kommunistische „Rote Fahne“ teilt dazu folgendes mit:
Wir können die obigen Angaben aus den uns gewordenen Informationen bestätigen. Die Berliner Druckerei, von der die „Freiheit“ in Zukunft ihren Ausgang nehmen soll, ist unser Wissen die „Vorwärts-G. m. b. H.“, Lindenstraße. Im übrigen wollen wir in diesem Zusammenhang bestimmte Mitteilungen an unsere Redaktion, in denen von borgekommenen Unregelmäßigkeiten bei dem Verkauf des „Freiheit“-Grundstücks die Rede ist, nicht verschweigen. Verschiedene U. S. R.-Genossen haben schon hierüber bei uns angefragt. Wir möchten aber vorläufig mit einer Fälschung unseriöser Juristen aus dem Grunde, weil es doch hier ganz selbstverständlich ist, daß es vor allem einmal Aufgabe der „Freiheit“ sein muß, sich gegenüber den Berliner Parteimitgliedern der U. S. R. über den Verkauf und die Abwicklung des Verkaufs ihres Grundstücks zu äußern.

Was an diesen Mitteilungen Wahres ist, wissen wir nicht. Wir geben diese Mitteilungen deshalb nur mit allen Vorbehalten wieder.

Kleinrentnerfürsorge in Preußen.

Im Reichshaushalt für 1921 wurden 100 Millionen Mark bereitgestellt zur Unterstützung der Kleinrentner. Durchzuführen haben die Unterstützungsmassnahmen die Länder und die Gemeinden. Auf Preußen entfallen von den 100 Millionen 61,8 Millionen.

Zur Durchführung von Fürsorgemaßnahmen in dem erwähnten Sinne entfallen auf die einzelnen Provinzen bzw. Verwaltungsbereiche folgende Beträge: Ostpreußen 3 200 000 Mark; Brandenburg 3 500 000 Mark; Berlin 7 400 000 Mark; Hannover 2 300 000 Mark; Mecklenburg 2 000 000 Mark; Pommern 2 300 000 Mark; Preußen 61 800 000 Mark; Sachsen 5 000 000 Mark; Schleswig-Holstein 2 400 000 Mark; Hannover 4 500 000 Mark; Westfalen 8 000 000 Mark; Hessen-Nassau 3 700 000 Mark; Rheinprovinz 12 600 000 Mark; Grenzmark 800 000 Mark; Gesamtsumme 100 000 000 Mark.

Dem Erlass des Reichsfinanzministers vom 21. Januar 1921 sind Richtlinien für die Verwendung der Reichszuschüsse in der von Reichsland angeordneten Fassung beigegeben worden. Diese Richtlinien besagen unter III: Als Kleinrentner gelten beherrschende im Inland wohnende Deutsche, die selbst oder durch Ehegatten durch Arbeit einen Lebensunterhalt erworben haben, sich vor dem 1. Januar 1920 für das Alter oder die Erwerbsunfähigkeit ein Vermögen (auch Rente) mit einem Jahresertragnis von wenigstens 600 Mark festgesetzt haben und jetzt wegen Alters oder Erwerbsunfähigkeit im wesentlichen auf dieses Jahresertragnis angewiesen sind. Ihnen können beherrschende Personen beigegeben werden, die wegen geringer oder besonderer Gesunden keine Arbeit finden konnten, denen oder aus Sorge ihrer Angehörigen ein entsprechendes Einkommen zugesetzt ist. Arbeit im Sinne dieser Bestimmungen ist auch eine Tätigkeit in häuslicher Gemeinschaft, die üblicherweise ohne Entgelt erfolgt, oder im Falle der Entlassung fremder Dienste bezugslos werden mußte. Vor Recht eine wirtschafliche oder ehrenamtliche Tätigkeit im Dienste der Allgemeinheit gleich, wenn sie Jahre hindurch die Arbeitskraft wesentlich in Anspruch genommen hat.

Aus den zur Verfügung gestellten Mitteln dürfen Kleinrentner nur im Falle der Bedürftigkeit und nur nach Prüfung im einzelnen Fall unterstützt werden. Erläuternd fügt das Reichsfinanzministerium hinzu, daß bei Prüfung der Bedürftigkeitsfrage der Gesundheitszustand, das Alter, die Erwerbsmöglichkeit und die Zahl der zu unterhaltenden Familienangehörigen zu berücksichtigen ist. Unvermeidliche Mißbedürftigkeit ist selbstverständlich nicht Voraussetzung. Der Reichshaushalt für 1921 wird, soweit es sich zurzeit übersehen läßt, einen Reichszuschuß in Höhe von 200 Millionen Mark zur Unterstützung nothleidender Kleinrentner bereitstellen. Inwieweit Hilfsmaßnahmen für Kleinrentner im Saargebiet durchgeführt werden können, bleibt Verhandlungen mit der Saarregierung vorbehalten.

Abrechnung mit Hermes.

In der Reichstags-Sitzung vom Dienstag werden zunächst Anfragen erledigt. Auf eine Anfrage des Abgeordneten Dr. Löwenstein (Unabh. Soz.) wird mitgeteilt, daß nach Vereinbarung mit den Ländern das Schuljahr einheitlich im Frühjahr beginnt.

Eine deutschnationale Anfrage über die Entschädigung der Deutschen im Memelland erklärte der Vertreter der Regierung, daß Ertrag für Kriegsschäden nur Reichsangehörigen geleistet werden könne. Das Memelland sei aber nicht mehr Reichsgebiet.

Das Ultimatum-Vorjüngungsgejetz wird an einen Ausschuß betraut und damit beginnt die erste Lesung des 2. Nachtrags zum Reichshaushaltsplan.

Hg. Frau Hyned (Soz.): Das Reichsfinanzministerium hätte besser gehandelt, wenn es beiderseitigen Wünschen und Forderungen der Gewerkschaften mehr Verständnis entgegengebracht hätte. Wir richten an das Reichsfinanzministerium das dringende Ersuchen, in der Besoldungsfrage den veränderten Verhältnissen und der wachsenden Teuerung mehr Rechnung zu tragen. Wir wissen, daß das Reich nicht alle Forderungen reiflos erfüllen kann. Aber die Entzählung der Beamtenzahl ist berechtigt, weil sie kein Gegenentkommen beim Reichsfinanzministerium gerunden hat. Die Zulagen der oberen Beamten sind unbeschäftigt hoch. Die höheren Gehälter dürfen unter keinen Umständen noch weiter in die Höhe gehen. Der Finanzminister hat eine grundsätzliche Regelung bis zum 1. April zugesagt. Wird das Versprechen nicht gehalten, dann kann das üble Folgen nach sich ziehen. Die untern Beamten können keineswegs unsere reine Freude finden. Unreife endgültige Zustimmung kann nur unter der Voraussetzung erfolgen, daß die Gehälter der untern und mittleren Beamten so erhöht werden, wie das den neuen Verhältnissen entspricht. Während wir in der Besoldungsfrage dringend fordern, daß das Notwendige gegenüber der notleidenden Beamtenzahl geschieht, verlangen wir auf der andern Seite, daß gegenüber den im Geld erstickenden Kreisen die

Politik der Gehälter

aufgehört. Die Verbilligung der Nahrungsmittel durch die landwirtschaftliche Produktionssteigerung ist ausgeschlossen. Die Milliardegegenstände an die kapitalistischen Elemente der Landwirtschaft sind unentrichtlich. Wir waren immer gegen die überhöhte Aufhebung der Agrarwirtschaft. Der Speckmarkt und der Weizen sind für und der gestiegenen worden. Man ist der Weizenpreis um 70 Prozent erhöht und wir sind glücklich so weit, daß heute amerikanisches Weizenmehl billiger ist als deutsches Mehl. Ein flandrischer Junfer. Das Umlageverfahren 2½ Millionen Löhnen Brotgetreide einbringen. Bis zum 31. März wird jedoch nur mit einem Quantum von 1 150 000 Tonnen gerundet. Wir müssen klipp und klar Auskunft darüber, welche Bezirke noch im Rückstand sind mit der Ablieferung, und wir würden ferner Auskunft darüber, welche Strafmaßnahmen in Aussicht genommen sind. Das Volk hat ein Recht auf Arbeit. Der Weizen aus dem Vorkriegszeit ist in die Hände derselben Leute gefallen, die es in der Zeit der Steuerhinterziehung zur Weisheit brachte. Die Frage muß geklärt werden, ob nicht der Schritt zurück zum Jugendberufsamt in irgendeiner Form notwendig ist. In den Arbeiterfamilien müssen die Mütter den Kindern das Brot vorkaufeln. Und doch gibt es noch Leute, die sich wundern, wenn die Bekämpfung in den Massen wächst. Wenn die Leute mit dem Einkommen eines Arbeiters eine Familie ernähren müßten, dann würden sie sich bald nicht mehr wundern. Die Verhältnisse auf dem Kartoffelmarkt sind geradezu ungenügend. Die Kartoffel ist heute ein Luxusgut. Die großen Wirtschaften gehen sich beim Zucker. Schon werden 8,50 bis 9,50 Mark pro Zentner abgemessen. Hier die Konfliktgegenstände herüber zu wie die Kartoffeln.

Hg. Frau (Unabh. Soz.): Es gilt nach den Ursachen der Teuerung und des Hungers zu forschen. Der Reichslandbund zeigte im Dezember nicht die Eile von irgendwelchem Verantwortungsbereich.

Leistungsfähig. Die Landwirtschaft darf sich am wenigsten über Streife entrüsten, denn sie droht selber mit Streit und begünstigt nur die Händler.

Hg. Stötte (Dt.-natl.): Alle Preise sind gestiegen, nur der Landwirt soll keine höheren Preise nehmen. Wir verlangen eine vernünftige Korrekturwirtschaft. Diese hat schon der alte Fritz gewollt.

Hg. Höllein (Konm.): Die Erfüllungspolitik bringt den Hunger und den Hunger bringt die Streife. Bei den Protesten soll gestraft werden. Groener und Stötte sind nur ein Werkzeug in der Hand ihrer Geheimräte.

Reichsfinanzminister Dr. Hermes: Nach dem Stande vom 20. Februar beträgt die abgelieferte Getreidemenge 2 250 000 Tonnen. Ich hoffe, daß das ganze Umlagefoll herein kommt. (Lärm in der Mitte.) Es handelt sich um eine große Leistung der deutschen Landwirtschaft. Das Umlageverfahren war der erste Schritt zur freien Wirtschaft.

Die Landwirtschaft braucht Bewegungsfreiheit,

aber im gegenwärtigen Augenblick kann die volle Bewegungsfreiheit noch nicht hergestellt werden. Nun zu den allgemeinen Angriffen auf die Minister. Die Reichsregierung ist eine Ueberprüfung der ausgesetzten Bezugsscheine angeordnet. Es hat sich tatsächlich herausgestellt, daß in weitgehendem Maße über die Richtlinien der Reichsregierung hinaus Marsbezugsscheine ausgestellt worden waren. (Lärmhaftes Gert, Gert!) Diese Nachprüfung begann am 3. Mai 1921. In diese Nachprüfung wurden auch die am 2. Juli 1921 zur Sprache gebrachten Unregelmäßigkeiten bei der Ausstellung von Bezugsscheinen einbezogen. Es wurden Stichproben vorgenommen. Zunächst sind zahlreiche Mitteilungen vorgekommen. (Lärmhaftes Gert, Gert!) Von insgesamt 570 Kommunalverbänden sind 336 einer Vorprüfung unterzogen worden. Bei 209 jedoch sind Unregelmäßigkeiten vorgekommen.

Hg. Blum (Soz.): Die volkswirtschaftlichen Maßnahmen des Ernährungsministers waren keineswegs von Mißerfolg begleitet. Das Umlageverfahren freilich ist volkswirtschaftlich unhaltbar. Die Vorlage wird dem Hauptausschuß überwiesen. Der Gesetzentwurf zur Förderung des Wohnungsbaues wird in zweiter Lesung nach den Beschlüssen des Ausschusses angenommen.

Das Haus verlagert sich auf Mittwoch 2 Uhr: Vorlage über die Ablieferung von Ausfuhrbevisen, Reichsmietengesetz, Förderung des Wohnungsbaues, Haushaltsplan. Schluß gegen 7 Uhr.

Thüringen und das Streikrecht der Beamten.

In Thüringen besteht eine aus Unabhängigen und Sozialdemokraten gebildete Regierung. Parlamentarisch ist sie — ähnlich wie das Kabinett Birk im Reich von den Unabhängigen — von den Kommunisten abhängig. Durch eine Anfrage hat man nun diese rein sozialistische Regierung gezwungen, ihre Stellung zur Frage des Beamtenstreikrechts zu präzisieren. Sie ergibt sich aus folgender Antwort:

Aus dem Wortlaut der zur Begründung der Anfrage abgegebenen Artikel der Reichsverfassung kann das Streikrecht der Beamten nicht ohne weiteres hergeleitet werden. Die Anerkennung des Streikrechts für die Beamten müßte konsequenterweise für die Gemeindefunktionäre das Recht zur jederzeitigen Lösung des Dienstverhältnisses nach sich ziehen. Gegen Entlassung ist aber der Beamte geschützt. Die Beamten können nur unter den gesetzlich bestimmten Voraussetzungen und Formen vorläufig ihres Amtes enthoben, einweisen oder endgültig in den Ruhestand oder in ein anderes Amt mit geringerem Gehalt versetzt werden. Gegen jedes dienstliche Strafverfahren muß ein Beschwerdebüro und die Möglichkeit eines Wiederaufnahmeverfahrens eröffnet sein.

Das Vereins-, Besoldungs- und Verrentungsrecht, das für die Beamten im Artikel 130 niedergelegt ist, unterscheidet sich wesentlich gegenüber dem für Arbeiter und Angestellte, das in den Artikeln 159 und 165 enthalten ist. Die Worte des Artikels 159 „zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen“ fehlen im Artikel 130. Daraus ergibt sich die Unterscheidung zwischen den Verfassungsrechten der Beamten auf der einen Seite, der Arbeiter und Angestellten auf der andern Seite.

Daraus ergibt sich, daß die unstrittige Frage, ob den Beamten das Streikrecht zusteht, der gesetzlichen Regelung bedarf. Das Staatsministerium wird eine solche Regelung bei der Reichsregierung zu fördern suchen.

Die unabhängige-sozialdemokratische Regierung von Thüringen nimmt also eine Stellung ein, die jener entspricht, welche im Reichstag Sachsen der unabhängige Innenminister Lipinski

Kleines Genilleton:

Der zensurierte Dostojewski.

Seit einigen Tagen heißt die „Volkzeitung“ einen Namen ab, dessen Erwähnen sie wirklich angebotenen für nötig fand, die „Memoiren aus dem Exil“. Eine ganze Speisekarte bietet auf dieses literarische Ereignis hinweisend mit so ungewöhnlichen Seiten wie: Dostojewski ... wie ich bis heute habe, in das innere Gedächtnis aller Schriftsteller und Volkswirter in Preußen eingedrungen. Dieses jenseitige physische Ereignis ist ihm gelungen. ... Dostojewski ist ein guter Beobachter gewesen. ... Er gibt uns die Geschichte der russischen Sozialdemokratie — und zeigt uns die Geschichte der russischen Sozialdemokratie — nicht mehr, wie er wäre, wenn er sich auf die Zeit 2. bis 3. der „Volkzeitung“ mit ganzheitlichen Seiten gewandt hätten. Die hohe Meinung hingegen, die diese große Schicksalskatastrophe dem Verstande über sich hat, erhebt aus dem Verstand. ... Dostojewski hat unter seiner Hand gezeigt, daß die „Memoiren aus dem Exil“ keine bloße Unterhaltungsgeschichte sind — wie ihr Dasein die Welt zum Ziel führen müßte! — ... Die Memoiren sind ein Werk von hohem literarischem Wert und ... sie zeigen uns, wie es in der Welt sein kann.

Der Herr von „zensurierter“ Dostojewski, welche ich nicht nur bei Seite 2 oder 3, die beiden nicht angebotenen Seiten, für einen solchen Namen gehalten wird, sondern und einen Namen, der nicht im Exil zu leben. Der Herr von „Memoiren“ sind gar sehr kennend, daß Dostojewski kein Sozialist ist, er denkt und fühlt vollkommen als Sozialist. ... er gibt uns die Geschichte der russischen Sozialdemokratie, die in der Welt heute ist. ... Die hohe Meinung über den Herrn Dostojewski wird nicht ganz geteilt, er nahm also den Dostojewski und auch in der russischen Literatur, daß nur in die Seiten liegen. ... Dostojewski hat nicht nur ein Werk über Russland geschrieben, sondern auch ein Werk über die russische Sozialdemokratie mit dem Namen Dostojewski. ... Die hohe Meinung über den Herrn Dostojewski wird nicht ganz geteilt, er nahm also den Dostojewski und auch in der russischen Literatur, daß nur in die Seiten liegen. ... Dostojewski hat nicht nur ein Werk über Russland geschrieben, sondern auch ein Werk über die russische Sozialdemokratie mit dem Namen Dostojewski.

Herrn Dostojewski ist vornehmlich, ... Herr Dostojewski ist vornehmlich, ... Herr Dostojewski ist vornehmlich.

Herrn Dostojewski ist vornehmlich, ... Herr Dostojewski ist vornehmlich, ... Herr Dostojewski ist vornehmlich.

Herrn Dostojewski ist vornehmlich, ... Herr Dostojewski ist vornehmlich, ... Herr Dostojewski ist vornehmlich.

Herrn Dostojewski ist vornehmlich, ... Herr Dostojewski ist vornehmlich, ... Herr Dostojewski ist vornehmlich.

mögen. Sehr charakteristische Erlebnisse aus dem Verbrecherleben werden dem Dostojewski zum Opfer, weil sie nicht genug politisch oder sozial genügt sind, wie sie:

Ich erinnere mich auch noch, wie man ein andermal einen Schilling der fester ein wachsender überreicher Landmann gegen den Abend an die Spitze rief. Ein halbes Jahr vorher hatte er die Freiheit erlangt, daß sein früheres Weib sich wieder verheiratet habe; er geriet darüber in große Verzweiflung, und jetzt war sie nun selbst zum Dostojewski (Gezangnis) gekommen, ließ ihn rufen und übergab ihm ein Almosen, beide brachten zwei Stunden miteinander, besorgten Tränen und besorgten sich dann auf eine besondere Weise. Ich sah ihm Gesicht, als er in die Kaserne zurückkehrte — ja, an diesem Orte konnte man Geduld lernen.

Eine andre, sehr charakteristische Auslassung:
Ich erinnere mich wie einst ein Räuber, kramen — denn auch in einem solchen Gefängnis kann man sich hüten helfen — zu erzählen begann, wie er einen fünfjährigen Knaben, den er vorher durch ein Spielzeug verlockt und in einen kleinen Schuppen gesperrt, erwidert habe. Die ganze Kaserne, die im besten letzten Unterhaltungen stehe, hätte da auf wie aus einem Saal, und der Räuber wurde gewunden, zu sprechen; nicht aus Unwissenlichkeit die Erlaubnis, sondern nur deshalb, weil es nicht notwendig sei, hiervon zu reden.

Ein diese Erlaubnis füllte sich im Original der Soz: Ich erinnere mich, daß dieses Volk in der Zeit der Schilling, ... der eine das brennende Gefühls, so wie er für sich dachte in der „Volkzeitung“, fand sich. Sollte dem Leser verzeihen werden, daß in diesem Buch auch andere Elemente beinhalten als nur politische Opfer der russischen Revolution? Daß beinhalten auch die Dostojewski in dem Exil? Beinhaltet auch der folgende Abschnitt unterstehen:

Wie mit diesen Dostojewski nicht es bisweilen auch eine andre Bedeutung, die anderen nicht halb unentzerrt war. Der Räuber und der Verbrecher gingen manchmal ohne weiteres zum nächsten Unteroffizier, dem nächsten Korporalen des Lagers, und besuchten ihn von dem Verlies des Gefängnisses — es war vorher die Rede vom Verliehen der von der Regierung gelieferten Strafmittelgegenstände gewesen — welches nun jetzt in die Hände des Unteroffiziers gerät, ohne daß jedoch der höhere Instanz davon Mitteilung gemacht werden muß. Es war unentzerrt, daß bei bestimmten Verlässen von einem ein etwas herabließ wurde; der Unteroffizier gab ihnen und besorgten sich, was er zu tun hatte, gleich, wie es er selbst empfand hätte, das es so sein würde. ... Die Dostojewski konnte er nicht wissen, sie empfanden, daß er an Stelle der Revolution er nicht empfand, sondern nur. ... Der Herr Dostojewski ist vornehmlich, ... Herr Dostojewski ist vornehmlich, ... Herr Dostojewski ist vornehmlich.

Solche Züge passen allerdings nicht zu dem Idealbild, das die „Volkzeitung“ von der schwermütigen angebotenen russischen Volkseele zeichnet möchte — also weg damit! Aber auch mit allem, was Poesie heißt, steht der Herr Dostojewski verhalten auf äußerst gespannter Fuge. Deswegen bestimmt er gleich den Anfang der Schilderung, so schön und stimmungsbehaftet er auch ist. Da steht weiter nichts in der „Volkzeitung“ als: „In der Gegenwart lag am Rand einer Festung, dicht am Festungswall.“

Die anschließenden Sätze sind nicht sensationell genug, also Strich durch! Sie lauten nämlich so:

Wir werfen einen Blick durch die Spalten des Festungswalls auf Gottes weite Welt; siehst du etwas von ihr? Du hast ein Stück des Himmels und den hohen, von Steppenrindern überwachten Erdball; auf und wieder aber aus dem Wallen wandeln Tag wie Nacht die Schildwachen einher. Dann denkst man wohl, daß noch ganze Jahre vergangen sollen, während denen man immer wieder in durch die Spalten der Festung wandeln, den selben Wall wiedersehen, dieselben Schildwachen und dieselbe kleine Stück des Himmels, nicht jenes Himmels, welcher über dem Gefängnis ist, sondern jenes andern, das weit entfernt, das freien Himmelsraums. ...

Ich bin recht begierig, ob diese Dostojewski-Mißhandlung in diesem Maßstab fortgesetzt wird, die dem politischen Horizont der Redaktion ein ebenso glänzendes Zeugnis ausstellt wie ihrem ästhetischen Verständnis. Den Lesern der „Volkzeitung“ wäre allerdings dringend anzuraten, die paar Wörter dranzuwenden für die Reklam-Ausgabe der „Memoiren aus dem Exil“, anstatt sich von ihren Schulmeistern derart befohlen zu lassen.

Konzert.

Kurt Dippner gab am Dienstag einen modernen Klavierabend in der Stadtmission. Mit wachsender Aufmerksamkeit beteiligte die Kritik die Tätigkeit des Künstlers, der als einziger in der Umgebung sich vorzugsweise der modernen Literatur zugewandt hat. Dippner spielt die neuesten Werke anerkannter moderner Komponisten und befreit damit einen Weg, auf dem ihm wirkliches Interesse folgen kann. Denn seiner musikalischen Intelligenz weiß er den Charakter der Werke zu erfassen und so mit einer gewissen Treue ausübende Skizzen zu entwerfen. Von Joseph Haydn hören wir eine im musikalischen Einklang sich bewegende Sonate voller urbrünstlicher Freude. Eine Suite von Beethoven, die er spielte, ist echt klassisch; er schreibt eine wohlklingende melodische Musik mit einem weichen harmonischen Unterbau. Kurt Dippner vermischte diese beiden hier noch fremden Stücke in feinstufiger Form. Er fand verdiente Anerkennung einer sehr interessanten Aufführung.

eingekommen hat. Mit einem Unterschied: Ripinski sprach den Beamten das Streikrecht rundweg ab, während die hüringische Regierung die Entscheidung durch ein besonderes Reichsgesetz herbeigeführt wissen will.

Der Hinweis auf die notwendige Regelung durch besondere gesetzgeberische Maßnahmen ist berechtigt. Im Verfassungsausschuss der Nationalversammlung ist ausdrücklich eine solche Regelung verlangt worden.

In diesem Zusammenhang darf nicht unerwähnt bleiben, daß gerade die Unabgängigen als Preis für das Streikrecht der Beamten die Aufhebung des Berufsbeamtenstatus, der lebenslänglichen Anstellung, verlangen. Ob damit den Beamten geholfen ist, möchten wir doch sehr bezweifeln.

Eine nationalstiftische Niederlage.

Der „Vorwärts“ läßt sich aus Paris berichten: Der frühere radikale Abgeordnete des Departements Aube, Paul Meunier, und dessen Geliebte, Frau Bernain de Ravisi, sind am Montag auf freien Fuß gesetzt worden, nachdem die mit der Anklageerhebung in Straßburg beauftragte Besondere Kommission des französischen Justizwesens einen Beschluß gefaßt hat, wonach eine Anklage gegen beide nicht erhoben werden konnte.

Dieser Beschluß bedeutet einen vernichtenden Schlag für die unter Clemenceau begonnene und vom nationalen Blöde fortgesetzte reaktionäre Politik und dürfte noch weitere Kreise ziehen. Meunier, der schon in Friedenszeit wegen seines mutigen Eintretens für einen als Opfer der Justizverwaltung irrtümlich gewordenen Führer des Hafenarbeiterverbandes in Gabor bei der Arbeiterschaft hohes Ansehen genoss, gab während des Krieges ein linksoppositionelles Blatt heraus, „La Vérité“ (Die Wahrheit), in dem er gegen die wahnsinnige Bis-ans-Ende-Politik Clemenceaus scharf polemisierte und für den Verständigungsfrieden eintrat. Als Clemenceau aus Aube kam, ging er gegen die Führer der sogenannten „desaitistischen“ Strömung mit äußerster Rücksichtslosigkeit vor und nacheinander fielen ihm Malby, Caillaux und Paul Meunier zum Opfer.

Letzterer wurde des Einverständnisses mit dem Feinde beschuldigt. Es wurde behauptet, daß er durch Vermittlung eines Schweizer Malers Voffard mit dem deutschen Gesandten in Bern, Freiherrn v. Romberg, in Verbindung getreten sei. Mit ihm wurde auch seine Geliebte, Frau de Ravisi, verhaftet. Sie wurden zuerst als gemeine Verbrecher, ähnlich wie zuerst Caillaux, behandelt, und erst nach mehr als einem Jahr erhielten sie die Begünstigungen, die politischen Gefangenen in Frankreich zuteil werden. Eine Anklage wurde jedoch noch immer nicht gegen sie erhoben.

Als erstes protektierte der Führer des französischen Metallarbeiterverbandes, Merheim, in den Spalten des Gewerkschaftsblattes „Peuple“ gegen den Meunier-Skandal. Nach ihm setzten sich auch die sozialistische Partei sowie die Liga für Menschenrechte für Meunier ein, während die Kommunisten es ablehnten, sich an dieser Kampagne zu beteiligen. Meunier bestritt stets auf das entschiedenste, die ihm zur Last gelegten Unterredungen mit dem deutschen Gesandten in Bern zur Herbeiführung eines schnelleren Friedensschlusses jemals geführt zu haben, fügte aber hinzu, daß, wenn er solche Schritte unternommen hätte, er sich dies nur als Ehre anrechnen möchte.

Mit dem Beschluß der Anklagebehörde ist nun die ganze Anklage des Ministeriums Clemenceau gegen ihn in nichts zerfallen. Seine Freilassung dürfte aber starkes Aufsehen in ganz Frankreich erregen und auch die Bewegung zugunsten einer Revision der Prozesse gegen die beiden andern Hauptopfer der Clemenceauschen Politik, Malby und Caillaux, erheblich fördern.

Notizen.

Neuer Zwischenfall in Oberschlesien. Das Wolff-Telegraphenbureau meldet, daß am 19. d. M. abends gegen 9 Uhr, sich in Gleiwitz folgender Zwischenfall ereignete: Aus einem Gasthause traten drei französische Soldaten, von denen einer einen Revolver in der Hand hielt, anscheinend in angeheitertem Zustand auf die Straße. Die Franzosen riefen einer Gruppe von Zivilisten zu: Hände hoch! und im gleichen Augenblicke lenkte der bewaffnete Franzose einen Schuß auf die Zivilisten. Der an der nächsten Straßenecke postierte dienhabende Polizeiwachtmeister Paul Hüfnerberg trat auf die Gruppe zu und forderte die Leute in ruhigem Tone zum Weitergehen auf. Ohne ein Wort zu sagen, erhob der bewaffnete Franzose den Revolver gegen den Polizeibeamten und streckte ihn durch einen Kopfschuß nieder, worauf die Franzosen die Flucht ergriffen.

Schiedspruch im Mansfelder Streik. Im hiesigen Oberbergamt wurde am Dienstag in vorgezögerter Abendstunde nach langwierigen Verhandlungen zwischen den Vertretern der Mansfelderischen Gewerkschaft und der Bergarbeiterorganisationen der Schiedspruch gefällt. Regierungsrat Tiburtius aus Berlin leitete als Vertreter des Ministers die Verhandlungen. Der Schiedspruch lautet, daß, sofortige Wiederaufnahme der Arbeit vorausgesetzt, in Arbeiter über 21 Jahre eine Lohnerhöhung von 11 Mark pro Schicht bewilligt wird. Die Arbeiter unter 21 Jahren werden im Lohn laut Tarif anteilig gestaffelt. Beide Parteien haben sich über Annahme oder Ablehnung des Schiedspruchs bis 24. Februar zu äußern. Die Frage der Minderentlohnung der Nichtorganisierten blieb unerörtert.

Vor einer neuen Erhöhung der Zuckerpresse? Wie aus einer Reichstagsanfrage von Zentrumseite hervorgeht, befaßt sich die Zuckerwirtschaftsstelle augenblicklich schon wieder mit einer weiteren Erhöhung der Zuckerpresse, welche 1,50 Mark pro Pund betragen soll. Dieser Preis würde eine Steigerung von 100 Prozent gegenüber dem November- und Dezemberpreis von 1921 bedeuten, obwohl die gesamten Zuckervorkäufnisse damals schon hergestellt waren und seit Januar bei den Fabriken lagern, so daß die Preissteigerung durch nichts gerechtfertigt wäre.

Umstellung der staatlichen Bergwerke. Der preußische Handelsminister hat auf dringendes Ersuchen mehrerer Fraktionen des Landtags mit Zustimmung des Finanzministers den Bergassessor a. D. Koska zum Staatskommissar für die Umstellung der staatlichen Bergwerksbetriebe ernannt.

Das Arbeitsnachweisgesetz. In der Weiterberatung des Gesetzes über die Errichtung von Arbeitsnachweisen im Reichstagsausschuss für soziale Angelegenheiten wurde beschlossen, daß die Arbeitsnachweise, die bisher von Gemeinden oder Gemeindeverbänden unterhalten worden sind, in öffentlichen Arbeitsnachweise übergeführt werden sollen. Die oberste Landesbehörde setzt nach Anhören des Landesamts für Arbeitsvermittlung den Bezirk für jeden Arbeitsnachweis fest. Jede Gemeinde muß von einem Arbeitsnachweis erfasst werden. Die oberste Landesbehörde kann anordnen, daß für bestimmte Bezirke neue Arbeitsnachweise errichtet und bestehende zusammengelegt oder aufgelöst werden. Auf Antrag der Sozialdemokratie wurde hier hinzugefügt, daß in der Regel für den Bezirk jeder untern Verwaltungsbehörde ein Arbeitsnachweis errichtet werden soll. Den Arbeitsnachweis errichtet die Gemeinde oder der weitere Gemeindeverband für deren Bezirk der Arbeitsnachweis bestimmt ist. (Errichtungsbehörde.) Sie erläßt im Einvernehmen mit dem Verwaltungsamt die Satzungen für den Arbeitsnachweis. Findet sich die Gemeinde nicht mit dem Verwaltungsamt ein, so entscheidet die Gemeindeaufsichtsbehörde nach Rücksprache mit dem Verwaltungsamt des Landesamts. Das Reichsamt kann mit Zustimmung seines Verwaltungsrats allgemeine Bestimmungen über den Inhalt der Satzungen treffen; soweit es von dieser Befugnis keinen Gebrauch macht, können die Landesämter mit Genehmigung der beteiligten obersten Landesbehörden entsprechende Bestimmungen erlassen.

Lohnkämpfe. Durch die Erhöhung der Brotpreise und die damit verbundene Verteuerung der Lebenshaltung sind vielerorts Lohnkämpfe entbrannt. In Halle wurde in einer von mehreren tausend Metallarbeitern besuchten Versammlung der am 15. Februar gefällte Schiedspruch über die Erhöhung der Löhne einstimmig abgelehnt. Falls in den Verhandlungen mit den Unternehmern bis Donnerstag eine Lösung nicht gefunden wird, soll die Arbeit eingestellt werden. Auch von den in den Betrieben der Metallindustrie beschäftigten Holzarbeitern ist der Schiedspruch gleichfalls einstimmig abgelehnt worden. Die Glasarbeiter in Hirschthal lehnten gleichfalls den gefällten Schiedspruch ab und verharren in passiver Resistenz. Die Arbeiter schlossen daraufhin ihre Betriebe. Von der Aussperrung sind 2500 Arbeiter betroffen. Auch die Lohnunterschieden in der bergischen Textilindustrie haben sich erheblich zuspitzt. Die neuen Vereinbarungen, die zwischen Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer getroffen worden waren, wurden von einer Konferenz des Deutschen Textilarbeiterverbandes für den reichsweiten Tarifbezirk als nicht den Verhältnissen entsprechend abgelehnt und die angänglichen Forderungen der Arbeitgeber erneut unterbreitet. Gleichzeitig wurde verlangt, sich spätestens bis zum 23. Februar über die Annahme oder Ablehnung zu entscheiden. Eine Konferenz des hiesigen Textilarbeiterverbandes lehnte dies Abkommen ebenfalls ab.

Strafantrag gegen den „Dreißiggrafen“ Bäcker. Gegen den bekannten antikemikalischen Grafen Bäcker, den sogenannten „Dreißiggrafen“, der in der letzten Zeit sich wieder veranlaßt gesehen hat, in provokatorischen Reden an die Öffentlichkeit zu treten, ist wegen illegalmäßig unternommener Aufreizung zum Massenhaß von der Staatsanwaltschaft Schweidnitz Strafanklage gestellt worden.

Ein neuer Wahlerfolg der Labour Party. Bei der Neuwahl zum englischen Unterhaus im North-Somersetshire-Bezirk von London erhielt Ammon (Arbeiterpartei) 7854, Keller (konservativ) 6717 Stimmen. Der Sitz ist somit von der Arbeiterpartei gewonnen worden. Die koalitionsgegenwärtige Presse bezeichnet das Ergebnis als einen neuen Schlag gegen die Koalition. Laut „Daily News“ ist dies der 18. Sitz, den die Koalition seit den Wahlen von 1918 verloren hat; zwölf davon hat die Arbeiterpartei gewonnen.

Depeschen.

Nicht einmal die Besetzungskosten gedeckt? W. B. London, 22. Februar. Im Unterhaus teilte heute Sir Robert Horne mit, daß die Reparationsbeiträge, die England von Deutschland bis zum Schluß des laufenden Finanzjahres erhalten habe, wahrscheinlich nicht ausreichen werden, um die Kosten des britischen Besetzungsheeres zu decken. Daher würden diese vorläufig nicht auf Reparationsrechnung eingetragen werden.

Um die Konferenz von Genua. W. B. London, 22. Februar. Nach dem „Daily Telegraph“ verlautet, daß infolge der Unterbrechung des britischen Votisations in Paris mit Poincaré am Montag und der zeitigen Unterredung zwischen Curzon und dem hiesigen französischen Votisations die Spannung zwischen London und Paris merklich nachgelassen habe. Man ist jetzt übereingekommen, daß nicht nur die französischen Sachverständigen, in London mit den alliierten Kollegen zu Beginn der nächsten Woche wegen der Vorbereitungen der Konferenz von Genua zusammenzutreffen werden, sondern daß, wenn sich irgendwelche ernstlichen Meinungsverschiedenheiten bezüglich der politischen Fragen der Konferenz ergeben, Poincaré und die andern französischen Minister sie mündlich in einer Zusammenkunft mit den andern Ministern erörtern werden. Paris besteht nicht weiter auf einer formellen oder schriftlichen Antwort auf Poincarés Memorandum. Laut „Daily Telegraph“ scheinen augenblicklich nur in der Frage des nahen Ostens die Ansichten in London und Paris unvereinbar zu sein.

W. B. London, 22. Februar. Der politische Berichtslatter des „Daily Chronicle“ erzählt, daß Lloyd George die Absicht hat, sich am Sonntag nach Paris zu begeben und mit Poincaré die verschiedenen Fragen betreffend die Beziehungen zwischen Frankreich und England zu klären. Man erwartet, daß insbesondere die Frage der Konferenz von Genua erörtert werden wird und daß, wenn möglich, ein Einvernehmen über den Zeitpunkt erzielt werden soll, an dem die Konferenz stattfinden kann. Man hofft in hiesigen ministeriellen Kreisen, daß eine Verschiebung der Konferenz von Genua, die, wie erklärt wird, infolge des Sturzes der italienischen Regierung unvermeidlich erscheint, keine Verschiebung von langer Dauer zu sein braucht. Selbstverständlich werde es auch von der französischen Regierung abhängen, ob die Konferenz bald stattfinden kann.

Der Berichtslatter der „Times“ in Mailand erzählt von amtlicher Stelle, daß aus Rom Anweisungen an den Vorkonferenz in Genua, der sich mit den Vorbereitungen für die Konferenz befaßt, ergangen sind, in denen als wahrscheinlicher Zeitpunkt für die Konferenz der 23. März angegeben ist.

W. B. London, 22. Februar. Neuter erzählt, daß zwischen London und Genua für die Zwecke der Konferenz von Genua eine direkte telephonische Verbindung hergestellt wird.

Das große Pläne schmieden.

W. B. London, 22. Februar. Am Dienstag fand eine Zusammenkunft des Organisationsausschusses der internationalen Korporation für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas statt, um die Grundlage zu erörtern, auf der nationale und internationale Korporationen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Europa gebildet werden können. Es nahmen daran teil Vertreter Großbritanniens, Frankreichs, Italiens, Belgiens und Japans.

Finanzminister-Besprechungen.

W. B. Paris, 22. Februar. Havas. Der englische Schatzkanzler Sir Robert Horne wird in einigen Tagen in Paris mit dem Finanzminister de La Sazerie zusammentreffen, um die Fragen des Reparationsproblems zu prüfen, nämlich das Abkommen von Wiesbaden, das Abkommen vom 13. August, die Festsetzung der Kosten für die Besatzungsarmeen und die Verteilung der deutschen Zahlungen. Die Reparationskommission wird sodann die Frage des Reparationsums, das Deutschland gewährt werden soll, sowie die dafür zu fordernden Garantien prüfen.

Deutsche Delegierte für die Fünfländerkonferenz.

L. U. Berlin, 22. Februar. In der am 25. d. M. in Frankfurt a. M. beginnenden internationalen Konferenz werden 20 deutsche Vertreter teilnehmen. Die S. P. D. entsendet: A. Braun, Willenbrand, Wolfenbush, Stamm, Wels vom Hartelvorstand und Bernstein, Hae, Schmidt, Söllmann und Vogel (Franken) für die Reichsgruppen. Von der U. S. P. werden teilnehmen: Brecht, Wippen, Ditzmann, Dittmann, Häfner, Ding, Bedebour, Dr. Rosenfeld und Mathilde Wurm; die kommunistische Arbeitsgemeinschaft wird durch Dr. Paul Levi, Ernst Däumig und noch ein drittes Mitglied vertreten sein. Am 23. und 24. Februar finden in Frankfurt Vorbereitungen statt.

Gegen Lohnherabsetzungen.

W. B. Paris, 21. Februar. Nach einer Habasmeldung aus Mailhausen (Elsas) hat eine dortige Maschinenbaufirma, nachdem der größte Teil ihrer 4000 Arbeiter durch passiven Widerstand gegen die Herabsetzung ihrer Löhne protestiert hatte, beschlossen, ihre Verhältnisse zu schließen. Die Elektrizitätsarbeiter haben den Solidaritätsstreik beschlossen, wodurch die meisten Textil- und andre Fabriken in Mailhausen und Umgebung zum Stillstand gekommen sind.

Vom dänischen Niesenkampf.

W. B. Kopenhagen, 21. Februar. Im dänischen Arbeiterkonflikt ist eine Verschärfung eingetreten. Die Verhandlungen mit den Hafenarbeiterorganisationen sind gescheitert. Zugleich haben die Elektrizitätsarbeiter die Vorschläge der Vergleichskommission abgelehnt. Es ist damit zu rechnen, daß der Arbeiterkonflikt bis zu Ende durchgekämpft werden muß.

Luftschiff-Explosion.

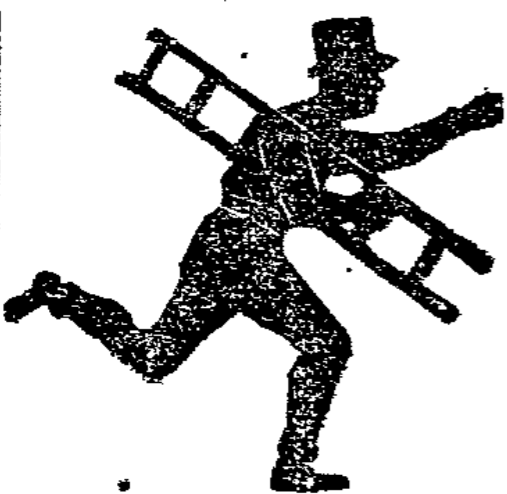
W. B. Washington, 22. Februar. Ueber die Explosion des von der amerikanischen Regierung angekauften italienischen Luftkreuzers Roma (siehe kleine Chronik, Neb.) meldet das amerikanische Marine-department: Das Militärluftschiff Roma ist in Brand geraten und in der Nähe des Klotenküppelkes Norfolk am 21. Februar, nachmittags 2.10 Uhr, zur Erde gefallen. Von 50 Personen, die sich an Bord befanden, sollen 35 tot sein. Eine spätere Meldung besagt, daß von der „Roma“ nur zehn Überlebende geborgen sind.

Wohnungsmarkt
Auf dem Lande
Zimmer ab 15. April
gesucht
(auch zwei) einfach möbl.
Nähe Magdeburg, Bahnstation.
Angeb. unt. B 5577 an die
Expd. der „Volkswirtschaft“.

Viehmarkt
Ein frischer Transport
große und
kleine
Bremer
Sutterfische
ein-
getr.
Jäger, Alt-Farmersleben 25.

Arbeitsmarkt
gut eingearbeitet auf Zin-
guss. Rest ein

Aufwartung
gesucht. Graf, Liebeck, Str. 31



Sommer
gut eingearbeitet auf Zin-
guss. Rest ein

Martin Joost
Dr. Diesdorfer Str. 231.

Warum soll Seifenpulver sauerstofffrei sein?

Seifenpulver mit Bleich- und Sauerstoffsalzen schaden der Wäsche auf die Dauer nachgewiesenermaßen erheblich. Dr. Gentners Seifenpulver Schneekönig ist frei von solchen Bestandteilen, schont daher die Wäsche.

Verlangt beim Händler kostenlos Werbebogen zum großen Propaganda-Werbe-Ausschreiben für **Schuhputz Nigrin** und **Seifenpulver Schneekönig** mit etwa 200000 Mk. Preisen u. Prämien. Schluß der Bewerbung 31. März 1922.

Erstklass. Großtuchschneider und Damenschneider
finden dauernde Beschäftigung. 4385

Carl Grassall
Magdeburg, Breiteweg 62/63.

Verband der Maler u. Lackierer
Filiale Magdeburg.

Am Donnerstag den 23. Februar, nachmittags 5 Uhr (nach Arbeitsruhe), im Diamantbräu, Berliner Straße 14

Außerordentliche Mitglieder-Versammlung
Satzungsänderung: Bericht über die Ratgeber-Verhandlungen.

Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltung Magdeburg.
Geschäftsstelle: Große Mühlstraße 3 L — Geschäfts-
stunden werktags von 10 bis 5 Uhr, Sonnabends von
10 bis 2 Uhr. — Sonntags geschlossen.
— Telephonamt 1912.

Donnerstag den 23. Februar gleich nach Arbeits-
ruhe, also nachmittags 4 1/2 Uhr, im Re-
saurant Monopol, Wilhelmstraße 1,

Sitzung der Vertrauensmänner
der Branche Elektromonteur,
Klempner und Installateure.

Freitag den 24. Februar, nachmittags 4 1/2 Uhr,
im Gasthaus zum goldenen Löwen, Salber-
kötter Straße

Branchenversammlung
der Feilenhauer.

Tagesordnung: Bericht von den Lehrtags-
handlungen, Brancheneingangsbeschlüssen und
Beschlüssen.

Wir ersuchen, vollständig zu erscheinen.
Mit Gruß Die Verwaltung.

Maccaroni
echte, aus reinem Hartweizengrieß

Seigwaren
sind die köstlichste Mahlzeit für jedermann, wohlschmeckend und
von hohem Nährwert. — Überall zu haben.

Großbetrieb durch Berechnigte Deutsche Seigwaren-Fabriken z. B. Mannheim

Eiernudeln
aus feinstem Weizenmehl mit Vollei

TUCHHAND

G.M.B.H.

REINE



WOLLE

REGIERUNGSTRASSE 24
GEGENÜBER DEM KLOSTER ULFRÄUEN

Wir erfaßten rechtzeitig

gewaltige Warenmengen zu alten Preisen und stellen uns mit unsrer ganzen Macht, solange als irgend möglich, gegen die Preissteigerung. Wir sind daher in der Lage, unser Geschäftsprinzip durchzuhalten: Die billigsten zu sein und zu bleiben.

Es liegt nicht in unsrer Absicht, geringe, nur sogenannte tragfähige Qualitäten zu niedrigen Preisen anzubieten, sondern wir bringen bekanntlich nur das Beste vom Besten in

Anzug-, Kostüm- und Kleiderstoffen

Friedensqualitäten, aus garantiert reiner Wolle. Der Einkauf bei uns bringt Ihnen grosse Geldersparnisse

Preislagen Mk. 65.00 bis Mk. 250.00

Kein Laden — I. Etage.

Ankünd.

Dam.-u. Herrenrad
läuft Güt., Sbl., Gold-
schmiebedrücke 5, 1 St.

Photo-Apparate

u. Ferngläser kauft
Letzner, Schopenstr. 9.

Frau Reuter,

Bandstr. 1, II.
kauft u. abt. f. gute Preise
für Herren-, Damen- u.
Kinderkleidg., Bänche,
Bettl. (auch einzelne
Stücke), Pfandstücke,
Wäbel u. and. Sachen.

Überbiete jed. Preis

für neue u. gebrauchte
Kleider, Anz., Hemd.,
Damenkleid., Tisch-
wäsche, Herren- und
Damen-Garderobe,
Federbetten, 550
Kissen, Kissen, Stühle,
Stühle u. Nachlässe.

Grüner

Margareten-
straße Nr. 7.
Telephon 2014.

Zahle

viel mehr
als andre Händler
für neue u. geb.
Beizeuge,
Laken, Handtücher,
Handtücher,
Federbetten,
Wärter-Sachen,
Zivil-Anzüge,
Schuhe, Stiefel,
Nachlässe 418
in Thielberg-
straße 22.
Telephon 3183.

Ferngläser

Zeiss
Goerz
Leitz
Busch

H. Lanfer

Regierstr. 2, Erdst. 418

Gold

Silber-, Platin-
und ed. Legirung
Wien, Bonn, Reg.

Brillanten

alle Sorten
in allen Größen
und Farben
zu billigsten Preisen
in allen Größen
und Farben

Georg Sack

Gr. Marktstraße 2,
I. Etage (Steinladen).
Kaufen Sie billig, kaufen
Sie ohne Vertrauen,
und werden Sie sich
den Namen ganz selbst-
verständlich merken!

Zahls Beschlusstift

Olbenkötter Straße 36
Neiert La. Serrenlophen
aus feinsten Samen für
48 Stk., Samenlophen
48 Stk., Stroßes Paar von
nur gutem Erdbwert
zu ganz billigen Preisen.

Kognak-Essenz

Flasche nur 4.50 Mark.
Dräger Luden, Rünberg
Straße 40, Telefon 7480.
Dräger Senz, Ruffen-Str.
beim Platz 2, Tel. 7575.
Dräger Schubert, Götter-
Räder Str. 127, Tel. 4425.
Dräger Müller, Schöten-
büttler Str. 20, Tel. 6153.

Gegen Frost Perniolpräparate

Hofapotheke, Magdeburg, Brühlweg 158.

Weißer Kognakflaschen

zu kaufen gesucht
pro Stück 2.50 Mk.

Rot-, Weißwein- und Likörflaschen

Adolph Behrendt
Hofapotheke, Magdeburg, Brühlweg 158.

Gebrauchte Säcke sowie sämtl. Emballagen u. Planen

Adolph Behrendt
Hofapotheke, Magdeburg, Brühlweg 158.



für die Schuhe für den Fußboden

und jede Hausfrau ist
stolz auf den Erfolg!

4240 Generalvertreter:
Kurt de la Porte, Berliner Str. 27, Tel. 5336.

Stabeisen, Träger, Bleche Bauschienen

Stooff & Tag, Königsborner Straße 18

Schafwolle

Stammfabrik für die
jetzt gegen prima Stoffe
ganz und Stoffe.
Fritz Jürges
Friedrichstraße 7,
6. Stock vom Alten Markt.

Mütter

geben jetzt ihren Kindern
Lebertran-Emulsion mit
Eigelb-Scithin Marke „Ovophat“
Hof Apotheke, Breilweg 158
am Ulrichsbogen, Magdeburg
Versand nach auswärts.

Konfirmations- Kleider, Kostüme, Mäntel und Wäsche fert. auß. preisw. an Bartel, Rogauer Str. 59, III. U.

2 Stahlrohr- Matratzen

neu, 175x89 cm, umständl.
billig zu verkaufen. 914.
Austausch durch die 914.
Breitweg 168. 911

Fori

sauber im
Gebräuch
Koski-
Krem
622 Nm 2mal einreiben
Hof Apotheke,
Breilweg 158

Gewaschen mit Dixin



Preis das Paket 4.00 Mk.

Zögern Sie nicht länger

mit Ihren Einkäufen, sondern kommen Sie so bald als möglich!

Sie profitieren noch aus meinen großen, äußerst günstigen Einkaufsabschlüssen. Die Preise für alle Artikel steigen täglich. Meine heutigen Preise liegen größtenteils weit unter den jeweiligen Tagespreisen

Für die Konfirmation empfehle ich:

Einfachungs-Anzüge in allen Sorten, auch sehr gute Qualitäten, ein- und zweifach 75.00 85.00 95.00 105.00	Kleiderstoffe Schatten färbt. mod. Stoffe Meter von 38.50 an	Bräunungs-Kleider weiß best. Qualität 189.75
Bräunungs-Anzüge in allen Sorten, auch sehr gute Qualitäten, ein- und zweifach 75.00 85.00 95.00 105.00	Knäufel Meter von 69.50 an	Farbige Wolle- und Stoff-Kleider 119.75
Einfache Saiten 1. Qualität, 2. Qualität, 3. Qualität 52.00 58.00 64.00 70.00	Einfachige Kleiderstoffe Kleider mod. Farben, ein- und zweifach 72.50 an	Konfirmations-Kleider ein- u. farbig, mod. Schnitt- lung . . . 295.00 325.00 275.00
Serren-Saletts, Schürzer, Oberbletts in allen Sorten 112.00 122.00 132.00 142.00	Oberteils metall. 120 cm breit für Herren . . . Meter 125.00 98.50	Gobercoat-Jacken abge- rechnet mod. Ausstattungen 365.00
Serren-Anzüge in allen Sorten, auch sehr gute Qualitäten, ein- und zweifach 112.00 122.00 132.00 142.00	Reile besonders in weiß und modernen Farben, auch gewaschen besonders preiswert!	Gobercoat-u. Tuchmäntel in mod. Schnitt. 550.00 525.00
Samt- und Seidenmäntel jede moderne Form auch ganz ungewöhnlich billig	Konfirmations-Stiefel	Farbige Röde mit Stepperei 79.75
Seiden- und Woll- Schürzer- Anzüge jede moderne Form auch ganz ungewöhnlich billig	Barthelstiefel in mod. Schnitt. 175.00 149.00	Kostümröde aus buntem Stoffen, mit Plüschfalten . . . 99.75
Seiden-Anzüge in allen Sorten, auch sehr gute Qualitäten, ein- und zweifach 220.00 240.00 260.00 280.00	Barthelstiefel in mod. Schnitt. 210.00 193.00	Schwarze Catin-Blusen offen u. gef. zu tragen 125.00
Serren-Saletts in allen Sorten, auch sehr gute Qualitäten, ein- und zweifach 112.00 122.00 132.00 142.00	Seidenstiefel in mod. Schnitt. 159.50	Seiden-Blusen farbig, mit Einfärbung . . . 139.75
Seiden-Saletts in allen Sorten, auch sehr gute Qualitäten, ein- und zweifach 112.00 122.00 132.00 142.00	Seidenstiefel in mod. Schnitt. 224.50	Strickjacken in verschiedenen modernen Farben 145.00 255.00 325.00 265.00
Seiden-Saletts in allen Sorten, auch sehr gute Qualitäten, ein- und zweifach 112.00 122.00 132.00 142.00	Gewandstiefel in mod. Schnitt. 129.50	Schwarze Frauenmäntel hell gefärbt . . . 625.00
Seiden-Saletts in allen Sorten, auch sehr gute Qualitäten, ein- und zweifach 112.00 122.00 132.00 142.00	Spangestiefel in mod. Schnitt. 149.00 129.00 99.50	Kleider in allen Ausstattungen und Stoffen 180.00 325.00 445.00 525.00

Kaufhaus Michaelis

Marktplatz Nr. 1 u. 2 Marktplatz Nr. 1 u. 2

Neuanlage!

Wer wandern will

28 Ausflüge
in die Umgebung Magdeburgs.
Nach eignen Wanderungen gef. führt
und mit Kartenbogen versehen von
G. Selinger.
Preis 6 Mark. Preis 6 Mark.
Buchhandlung Volksstimme
Große Ringstraße 3.

Für ausgekämmtes Frauenhaar

zahlt für das Gramm bis
zu 10 Pfg. 4229
Albert Schwieger,
Jacobstr. 48 = Gr. Marktstr. 18.

Der rote Frosch



wie
er hier steht,
ist Garantie
für Qualität

Erdal

putzt die Schuhe, pflegt das Leder
Alleinhersteller: Werner & Mertz A.G. Mainz.

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 46.

Magdeburg, Donnerstag den 23. Februar 1922.

33. Jahrgang.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 22. Februar 1922.

Preiswahn im Kartoffelhandel.

Der unterschätzte Wucher, der mit Kartoffeln getrieben wird, schreit zum Himmel. Freilich hilft der Himmel so wenig wie all die Verordnungen und Richtlinien, die vor einigen Monaten von Staatsbehörden herausgegeben wurden. Der gewissenlose Wucher beherrscht das Feld. Wer die Kartoffeln in der Menge hat, bestimmt den Preis, bestimmt auch, ob die städtischen münderbemittelten Verbraucher ganz verhungern oder sich wenigstens noch durchschleppen können. So wirkt das freie Spiel der Kräfte in einer Notzeit; der freie Handel, die Wucherfreiheit. Zur Erntezeit wurde erklärt, daß 40 bis 50 Mark für den Zentner ein angemessener Erzeugerpreis sei. Heute müssen die armen Menschen, die sich Kartoffeln pfundweise kaufen, 1,90, 2 Mark geben. In Südost hat man, so wird uns versichert, 2,60 Mark für das Pfund verlangt. Wer kann diese Steigerung begründen mit Erhöhung der Gestehungskosten oder der allgemeinen Geldentwertung? Es ist rätselhafte Ursache der Ernährungsnot. Die Möglichkeit dieser wilden Ausbeutung wurde gegeben durch die völlige Beseitigung der öffentlichen Bewirtschaftung, die wir den bürgerlichen Parteien danken.

Der Kartoffelpreis ist gegen die Friedenszeit auf das Hundertfache gestiegen. In welchem Verhältnis Löhne und Gehalt gestiegen sind, brauchen wir nicht vorzuzählen, das wissen Arbeiter, Angestellte und Beamte selbst. Sie können nicht einmal mehr Kartoffeln essen! Trodem jagt der Vorsitzende der Magdeburger Handelskammer, Kommerzienrat Zuckerswerdt, daß Angestellte und Arbeiter nicht daran denken, sich einzuschränken. Dieses Verständnis haben die Führer des Unternehmertums für den harten Daseinskampf der Angestellten und Arbeiter.

In den Herbstwochen haben viele Agrarier behauptet, sie hätten keine Kartoffeln mehr zum Verkauf, sie hätten nur Saatkartoffeln und solche zum Selbstverbrauch. Von solch einem Agrarier weiß der „Vorwärts“ zu berichten. Ein Großgrundbesitzer Neuhaus in Seelow (südlich von Berlin) hat jetzt „entdeckt“, daß er Kartoffeln abgeben könne. Er hat sich im Herbst fürjörglichweise 100 000 Zentner eingemietet. Jetzt verkauft er an den Großhandel den Zentner für 150 Mark, die Berliner Verbraucher zahlen für das Pfund 3 Mark. Der Herr Neuhaus ist ein hervorragender Führer des Landbundes. Er macht viel Wesens von dem Pflichtbewußtsein der Landwirte und scheint erheblich, wenn Arbeiter das Behnische des vor dem Kriege verdienten Lohnes verlangen. Er und seine geschäftstüchtigen Standesgenossen verdienen Hunderttausende dadurch, daß sie die Kartoffeln liegen lassen.

Steuerung und Einkommen seit 1913.

Die Preissteigerungen seit 1913, die nach Angabe einer Berliner Großfirma von der Zeitschrift des Statistischen Reichsamtes „Wirtschaft und Statistik“ bearbeitet wurden, sind veröffentlicht worden. Im Dezember 1921 waren danach, verglichen mit 1913, die Preise verteuert für Lebensmittel: Speck 40fach, Schmalz 39,5fach, Butter 33,5fach, Kartoffeln 24,5fach, Seefische 24,5fach, Kolonialwaren 23fach, Zucker 20fach, Mehl 19,5fach, Brot, Mehl, Teigwaren 17,6fach, Hülsenfrüchte 16,9fach; Bekleidung und Wäsche: Wäschebelleidung (Leinwand) 40,9fach, Bett- und Tischwäsche 34fach, Leibwäsche 31,5fach, wollene Tuchbekleidung 29,7fach, Stiefel 29,2fach, wollene Unterbekleidung 28,5fach; Möbel und Geschirr: Porzellangeschirr 33,3fach, Steinzeuggeschirr 33,3fach, Glaswaren 30,8fach, Holzmöbel 30,7fach, Emaillegeschirr 29,3fach, verschiedene Einrichtungsgegenstände 27,4fach.

Das sind nur die Großhandelspreise. Dazu kommen noch die Aufschlagsätze des Zwischen- und Kleinhandels, die sich auch um das Vielfache erhöht haben. Im Kleinhandel war zum Beispiel der Preis für Kartoffeln im Dezember nicht nur auf das 24,5fache, sondern auf das fünfzigfache gestiegen. Butter nicht nur auf das 33,5fache, sondern auf das 38,3fache. Ähnlich liegt es bei den meisten übrigen Waren.

Und das Einkommen der Arbeiter und Festbediensteten? Hier ist ein ungeheures Mißverhältnis entstanden. Trodem sind die Unternehmer noch der Auffassung, die Löhne und Gehalte seien schon zu hoch, sie müßten abgebaut und dürfen nicht im geringsten mehr gesteigert werden. Der Vorsitzende der Magdeburger Handelskammer, Kommerzienrat Zuckerswerdt, hat auf der Jahresversammlung der Handelskammer diese hochstehenden Ausführungen gemacht.

Es ist zu befürchten, daß neue Erhöhung der Löhne und Gehalte, die heute schon vielfach über das Notwendige hinausgehen, auch weitere Preissteigerung im Gefolge hat, da die große Masse nicht an Einschränkung in der Lebenshaltung denkt, daß unser Export dadurch gefährdet wird und daß wir schließlich nicht mehr imstande sein werden, die notwendigen Rohstoffe und Lebensmittel vom Ausland zu beziehen.

„Die große Masse denkt nicht an Einschränkung in der Lebenshaltung.“ Dieses Wort des Herrn Kommerzienrats haben wir schon einmal zitiert. Wir wiederholen es heute, damit nicht in Vergessenheit gerät, auf wem dieser Stuhl der Volkswirtschaftlichen Einsicht die Führer von Industrie und Handel in Deutschland setzen. Einschränkung — wo sich Arbeiter, kleine Beamte und Angestellte kaum noch nähren und leiden können.

Der Arbeitsmarkt im Januar.

Im Vergleich zum Dezember vorigen Jahres hat sich im Berichtsmonat die Arbeitsmarktlage nur unwesentlich verändert. Die nach den Weihnachtstagen benötigten Ausschüßarbeiten und Subunterarbeiten hatten zunächst die Entlassung einer größeren Anzahl von Ausschüßkräften zur Folge. Belastet durch eine höhere Anzahl Arbeitssuchender wurde aber der Arbeitsmarkt nicht, da als Ausgleich das Baugewerbe gut beschäftigt war und auch die Landwirtschaft Kräfte anzuwerben begann. Metallindustrie und Bekleidungsindustrie waren weiter gut beschäftigt. Gegen Mitte des Monats setzte das starke Frostwetter ein und legte die Bauarbeiten wie auch die davon abhängigen Gewerbe vollständig lahm, unterbrochen auch die nach der Landwirtschaft begonnene Vermittlung. Ebenso wurde jede andere Lohnarbeit im Freien verhindert. Ein Ausgleich wurde allerdings geschaffen durch den fast einsetzenden Frühlingsanbruch, der eine größere Anzahl Ausschüßkräfte be-

langte, ebenso zur Ausfüllung der in den Betrieben infolge der Grippe-Erkrankungen eingetretenen Lücken. Die Zahl der Stellungslosen und der Stellungsfindenden schwankte daher in allen Wochen des Berichtsmonats nur unwesentlich und ist auf etwa 3000 bzw. 3300 bis 3400 bestanden geblieben. Vermittelt wurden im Januar 4504 männliche und 1515 weibliche Personen.

Die Zahl der bei Notstandsarbeiten Beschäftigten Arbeiter ist teils infolge des Frostes, teils durch Beendigung der Arbeiten von etwa 200 auf 158 zurückgegangen. Die erwartete Erhöhung der Zahl der Stellungsfindenden ist auch deshalb nicht eingetreten, weil eine größere Anzahl bisher unterstützter Erwerbsloser den Arbeitsnachweis nicht mehr aufsucht.

Mit dem 1. Januar sind 200 männliche und 258 weibliche Erwerbslose aus der Erwerbslosenliste ausgeschieden, da sie bereits länger als 52 Wochen ununterbrochen Unterstützung bezogen. Ein großer Teil dieser aus der Fürsorge ausgeschiedenen Personen (ungefähr 80 Männer und 150 Frauen) hat sich nur noch einige Tage im Arbeitsamt gemeldet und ist dann weggeblieben. Mit dem 31. Januar scheiden noch weitere Erwerbslose, insgesamt 254, wegen des gleichen Grundes aus der Fürsorge aus. Die Zahl der Unterstützungsempfänger ist daher im Berichtsmonat ebenfalls gesunken, und zwar von 1790 auf 1384.

Gemäß einer Verfügung der Regierung, die gegen Monatsende einlief, wurden am 16. Januar die Unterstützungssätze nach Ortsklasse A gekürzt.

Die Zahl der Besuche des städtischen Berufsamts beläuft sich im Januar auf 564 und übersteigt bei weitem die Anzahl in den früheren Monaten und im gleichen Monat des vergangenen Jahres. Ebenso ist die Zahl der Vermittlungen bedeutend gestiegen. Dem in einigen Berufen herrschenden Stellenmangel (Metall-, Holzgewerbe) steht immer noch ein Ueberangebot an freien Stellen in andern Berufen (Friseur, Maler, Schneider, Schmiede) gegenüber. Dieses Mißverhältnis suchte das Berufsamt dadurch zu beseitigen, daß es für die bezugigten Berufe Lehrstellen zu vermitteln bestrebt war und in die weniger verlangten Berufe verschiedene Jugendliche überleitete. Diese Tätigkeit war in vielen Fällen von Erfolg begleitet. Das Gesamtbild war folgendes:

In der männlichen Abteilung wurden gesucht: Handwerker 222, kaufmännische Berufe 65, höhere Schüler 11, zusammen 298 Stellen. Befehligt wurden im Handwerk 55, in den kaufmännischen Berufen 16, zusammen 71 Stellen. Erwachsene Personen besuchten 5 das Berufsamt. In der weiblichen Abteilung meldeten sich einschließlich 15 höherer Schülerinnen 261 Mädchen, davon konnten 240 vermittelt werden.

Sozialdemokratischer Verein Magdeburg.

Bezirk Neue Neustadt. Donnerstag den 23. Februar, abends 7 1/2 Uhr. Funktionärsversammlung im „Wintergarten“.

Bezirk Alte Neustadt. Am Donnerstag den 23. Februar, abends 7 1/2 Uhr. Mitgliederversammlung im Hotel Neustädter Bahnhof, Vortrag über „Jesus und Charitas“. Referent Genosse Wuttke. — Funktionärversammlung um 7 Uhr.

Ortsausschuß für Arbeiterwohlfahrt. Donnerstag den 23. Februar, abends 7 1/2 Uhr. Sitzung im Rathaus.

Wunter Abend am Sonntag den 26. Februar, abends 6 Uhr, im Franke-Jugendheim, Lutzplatz Friedrich-Wilhelms-Garten. Karten à 3,00 Mark sind im Parteisekretariat, Große Mühlstraße 3, zu haben.

— **Sozialdemokratischer Verein.** In der Versammlung des Bezirks Nord, die am Dienstag bei Holzstamm, sprach Genosse Steiner über „Wirtschaftslage und Wirtschaft“. Er zeigte die Entwicklung unserer Währung, ihre Um- und Entwertung unter Berücksichtigung der internationalen Einflüsse, die unsern Wirtschaftsleben den Stempel aufdrücken. Durch rege Mitarbeit kann im heutigen demokratischen Staat jeder zur Vorbereitung besserer Verhältnisse beitragen. In der lebhaften Aussprache wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Wahrung oft zu Unrecht als alleinige Ursache der Teuerung angesehen wird. Die Teuerung künstlich durch unlauteren Handel und wucherische Landwirte hervorgerufen. Man muß die Ursache auf, daß die Regierung zu wenig tut, um diese Mißstände zu beseitigen. Anschließend wurden Parteiangelegenheiten erörtert. Mehrere Genossen brachten Mißstände an der Eisenbahn zur Sprache. Zu den bevorstehenden Elternratswahlen wurde ebenfalls Stellung genommen.

— **Vom Wochenmarkt.** Die milde Witterung hatte schon in den Morgenstunden zahlreiche Käufer und Käuferinnen angelockt. Der Markt wird bunter und lebhafter. Die Stände mit allerlei Gebrauchsgegenständen für Küche, Haus und Kleidung vermehren sich. Messer, Hosenränder, Geldtaschen, Textilwaren und viele andere Dinge gibt es zu kaufen. Die Verkäufer, besonders aber die Verkäuferinnen, preisen laut ihre Waren an. Das Marktbild bekommt neue Nuancen. Die eigentlichen nährhaften Dinge treten etwas zurück ihre Verkaufsstellen bieten auch nicht die gute Unterhaltung. Hier ist nicht viel zu sagen, die Preise „bewegen“ sich auf allen ansehnlichen Höhen. Es gibt nur geringe Schwankungen. Man ist schon bereit, wenn die Bewegung in aufsteigender Linie nicht gar zu heftig vor sich geht. Wenn „Senfungen“ kommen, glaubt man nicht recht daran. Es gab heute selbstverständlich Eier, Butter und Käse. Besonders die Eier waren in erheblich vermehrter Zahl erhältlich. Das milde Wetter jagt auch die Händler wieder zur Verunstaltung zu bringen. Die Preise waren immer noch sehr hoch, denn 3,60 oder 3,70 Mark pro Stück hielten noch viele ab, sich ein solches Hühnerprodukt zuzulegen. Butter hielt die alten Preise von 45, 46 und 47 Mark pro Pfund. Rohkräuter wurden für 2 Mark das Pfund angeboten, schienen aber nicht sehr begehrt zu werden. Weißkohl in festen Köpfen handelt man auf 3 Mark pro Pfund. Käse, der in großen Mengen vorhanden war, notierte die verschiedensten Preise, je nachdem er einzeln oder in Rollen abgegeben wurde. Sonst gab es keine Veränderungen.

Der 28. Februar ist der Anmeldeschluß zur MIAMA 1922 MAGDEBURG der Ausstellung des Wiederaufbaues
Auf später eingehende Anmeldungen 50% Zuschlag

— **Erhöhung der Haftkosten.** Wie der amtliche „Preussische Pressedienst“ mitteilt, bestimmt der Minister des Innern im Einklang mit dem Finanzminister, daß vom 1. Januar 1922 an der Haftkosten für Personen, die eine Zuchthaus-, Gefängnis- oder Haftstrafe verbüßen sowie für Unterwuchungs-, Zivilarbeit- und Polizeigeisung auf 15 Mark für Festungshaftgefangene auf 18 Mark für den Tag erhöht wird. Bei etwa gefaßter Selbstbestrafung ermäßigt sich der Satz für Festungshaftgefangene auf 11 Mark, für übrigen auf 9 Mark.

— **Zur Lohnbewegung in der Metallindustrie.** „Drohender Kampf in der Magdeburger Metallindustrie“ überschreibt die „Magdeburger Volkszeitung“ eine alarmierende Notiz in Fettdruck. Wie uns die Zeitung des Metallarbeiterverbandes dazu mitteilt, ist diese Notiz nicht vom Verband veranlaßt worden. Erst heute Mittwoch Abend nahmen die Vertrauensleute der Metallarbeiter Stellung zu den Lohnverhandlungen. Näheres wurde uns vom Metallarbeiterverband nicht mitgeteilt. Hoffentlich sind wir in der Lage, morgen Weiteres über die Lohnbewegung zu berichten.

— **Der Angestellten-Tarif für das Druckerei- und Zeitungs-gewerbe.** Wie uns der Zentralverband der Angestellten mitteilt, haben die Arbeitgeber den Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses auf Erhöhung der Gehalte um 60 Prozent für das Druckerei- und Zeitungsgewerbe ab 1. Januar bis 28. Februar abgelehnt. Anschließend daran fanden im Regierungspräsidium Verhandlungen statt. Die Arbeitgeber forderten eine Ermäßigung der Erhöhung bis zu 40 Prozent für den Monat Januar. Dieses wurde seitens der Angestellten abgelehnt. Hierauf erklärten sich nun die Arbeitgeber mit den 60 Prozent einverstanden unter der Bedingung, daß diese Erhöhung auch für den Monat März Geltung haben solle. Auch dieses wurde von den Angestellten verweigert. Da nun keine Einigung zu erzielen war, erklärte der Demobilisierungskommissar den Schiedsspruch, wonach die 60 Prozent ab 1. Januar bis 28. Februar Geltung haben und von da ab den Angestellten eine weitere Regelung vorbehalten bleibt, verbindlich. Damit hat auch dieser Tarif Rechtskraft bekommen.

— **Nichtigstellung.** Der Allgemeine Verband der Versicherungsangestellten schreibt uns: Unter Bezugnahme auf den § 11 des Preßgesetzes bitten wir folgende Berichtigung in Ihrer Zeitung zu bringen:

„Versicherungsausschüsse und Ortsklasseneinteilung. Der Zentralverband der Angestellten schreibt in Nr. 44 der „Volksstimme“, daß kein Antrag auf Rückwirkung der Ortsklasseneinteilung ab 1. Januar 1921 dahingehend abgeändert sei, daß die Gültigkeit der Ortsklasseneinteilung für den Reichsstarifvertrag für die Zeit vom 1. August 1920 bis 31. Dezember 1920 läuft. Diese Nachricht ist unrichtig. Wahr ist, daß der Antrag des z. B. V. abgelehnt wurde, wegen der Antrag des Allgemeinen Verbandes der Versicherungsangestellten. Die jetzt durch Reichsgesetz vorgenommene Änderung der Ortsklasseneinteilung für die Reichsbevollmächtigung gilt bezüglich ihrer Rückwirkung für die Versicherungsangestellten ab 1. August 1920 bis 31. Dezember 1920“ angenommen wurde.

— **Schulung im kaufmännischen Beruf.** Wie uns der Zentralverband der Angestellten mitteilt, sind auch die Entscheidungungen für kaufmännische Schulung gestiegen. Besondere Abmachungen über diesen Punkt im Lehrvertrag sind im Gegenzug zu andern Aufzählungen u. g. l. i. g. Durch Urteil des Landgerichts ist diese Angelegenheit bereits geklärt. Der Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses, der nach längerer Verhandlung nun endgültig von den beiderseitigen Organisationen angenommen ist, sieht folgende Entschädigungen für Schulung ab 1. Januar bis 28. Februar fest: Lehrlinge im Handelsgewerbe im 1. Lehrjahr 180 Mark, im 2. Lehrjahr 225 Mark, im 3. Lehrjahr 275 Mark. Lehrlinge in der Industrie im 1. Lehrjahr 200 Mark, im 2. Lehrjahr 250 Mark, im 3. Lehrjahr 325 Mark. Sollte die Anerkennung der neuen Entschädigungen Schwierigkeiten begegnen, wird gebeten, dem Jugendobmann des Verbandes, Große Mühlstraße 7, Nachricht zu geben, damit die Angelegenheit von Verband zu Verband ordnungsgemäß erledigt werden kann.

— **Wahl der Elternbeiräte.** Von der Regierung ist gemäß § 2 der Wahlordnung der Wahltermin für den Regierungsbereich Magdeburg auf Sonntag den 7. Mai 1922 festgelegt worden. Dieser Wahltermin ist günstiger als der von 1920, da diesmal auch die Eltern der Diktoren eingeschuldet Kinder an der Wahl teilnehmen können. Bei der großen Zahl der aufzustellenden bzw. zu wählenden Personen ist es notwendig, mit den Vorarbeiten zur Wahl bald zu beginnen. Zentral-Eltern-Beirat S. P. D.

— **Zu der 1. Bürger-Mädchenschule** wird der infolge Kohlenmangels geschlossene Unterricht am Donnerstag den 23. Februar wieder aufgenommen.

— **Volkshochschule.** Durch eine Dienstreise ist Herr Dr. Rose verhindert, am Freitag den 24. Februar Vorlesung zu halten. Statt dessen wird am Freitag den 17. März und am Freitag den 24. März je eine Doppelstunde abgehalten.

— **Dividendenschein bei Eisenmatthes.** Die Eisenmatthes-Aktiengesellschaft in Magdeburg hat in ihrem ersten Geschäftsjahr 1921 bei einem Rohgewinn von 20 428 728 Mark nach Abzug der Generalunkosten in Höhe von 14 661 265 Mark und nach Abzug der Ausgaben in Höhe von 1 100 774 Mark einen Reingewinn in Höhe von 4 666 689 Mark. Die Aktionäre bekommen 40 Prozent Dividende. Das Geschäftsjahr war gut. Durch Zusammenstoß aller Eisenmatthes-Unternehmungen waren Kapitalerhöhungen erforderlich, zunächst um 5,5 auf 6 Millionen Mark und weiterhin auf 12 Millionen Mark. Die Beschäftigung in allen Betrieben war gut. Für das neue Geschäftsjahr ist großer Auftragsbestand vorhanden, so daß die Aktien günstig erscheinen.

— **Die Zahlung der Militärrenten und Pensionen für März** findet am Sonnabend den 25. Februar statt. Mit der Quittung für März ist die vorgeschriebene Bescheinigung vorzulegen. Ohne Vorlegung der Bescheinigung kann Zahlung nicht geleistet werden.

— **Unterlassene Lebensrettung — strafbar.** Vom Landgericht Magdeburg ist am 10. März v. J. der Richter Erich Schuch wegen fahrlässiger Tötung zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Der Mitangeklagte Zimmer, Eigentümer einer an der Elbe aufgetauten Flußbadeanstalt, wurde von derselben Anklage freigesprochen. Der Angeklagte Schuch erteilte in der Badeanstalt, des B. Schwimmunterricht, obwohl er als Schwimmlehrer nicht ausgebildet ist. Im Juni 1920 erkrankte der 16 1/2-jährige Schüler Otto G. von hier, während der Angeklagte andern Kindern Unterricht erteilte. G. hatte ihn zuvor gefragt, ob er über die Elbe schwimmen dürfe und der Angeklagte hatte geantwortet, G. gut schwimmen könne, habe er nichts dagegen. Nach einer Weile sagte G. laut um Hilfe und tauchte einige Male unter, um dann wieder emporzukommen, bis er schließlich in der Tiefe versank. Erst später wurde seine Leiche gefunden. Dem Angeklagten wurde nun zur Last gelegt, den Tod des G. verschuldet zu haben, da er, obwohl er die Hilfeleistung nicht ausübte, nicht sofort versucht hat, den G. zu retten. Erst nachdem G. untergegangen war, ist er mit dem Rettungsboot zu der Stelle gefahren, wo man G. zum letzten Male gesehen hatte. Dort hat er ihn aber nicht finden können. In seiner Entschuldigungsabgabe der Angeklagte an, es hätten sich oftmals Krampen angehängt, als ob sie am Stricken seien, während sie ganz ununter weiter schwammen, wenn ihnen jemand zu Hilfe kommen wollte. Aus diesem Grunde habe er auch in diesem Falle angenommen, daß es sich nur um Scherz handle. Gegen das Urteil hatte der Angeklagte Revision eingelegt. Das Reichsgericht verwurft jedoch die Revision als unbegründet, da im Urteil genügend festgestellt ist, daß die Unterlassung des Angeklagten an dem Tode des G. mitwirkend gewesen ist.

Kulturbedatte.

In der Dienstagssitzung des Preussischen Landtags wird die Beratung des Kulturbudgets fortgesetzt.

Abg. Gaenschel (Soz.): Die Redner meiner Fraktion werden bei den einzelnen Kapiteln die einzelnen Punkte des Reformprogramms des Ministers zu sprechen kommen.

Als im Hauptausdruck die verschiedenen Weltanschauungen ihr Schulprogramm entwickelten und auch meine Parteifreunde das Ideal der weltlichen Gemeinschaftsschule,

wie sie die Sozialdemokratie vertritt, ein das eine völlig idealische Schule sei. Dagegen verlangten die Vertreter der Rechten, daß die Schule ganz erst recht vor dem nationalen Gedanken durchdringt sein müsse, wie sie ihn aufjagt, und die Zentren der Rechten erklären, daß die Schule vom christlichen Gedanken durchdringt sein müsse.

Gemeinschaftsmenschen zu erziehen.

(Sehr richtig! h. d. Soz.) Dieses Ideal ist mindestens ebenso schön, wie die Schulideale der bürgerlichen Parteien. Im Zeitalter des individualistischen Übermaßes wurde den Kindern gelehrt: Gilt dir selbst, so hilft dir Gott!

Dem großen Ziele der Erziehung des geschäftlich denkenden Gemeinschaftsmenschen dienen auch alle Arbeiten der letzten Jahre auf dem Gebiete der Hochschulerreform, der Pflege des staatswissenschaftlichen Unterrichts usw.

Die Förderung der Gewerkschaftskräfte.

Die Einrichtung der Akademie der Arbeit in Frankfurt a. M., dem sollen die Wirtschaftsschulen in Berlin und Düsseldorf dienen. Sie dienen der neuen Gestaltung der Vorbereitung der Berufungswahl, die künftig nicht mehr rein juristisch sein darf.

Durch unsere Schulpolitik wird auch nicht, wie die Rechte behaupten, die Parteipolitik in die Schule hineingetragen. Wenn jemand im Klassenraum sitzt, soll er nicht mit Steinen werfen.

In den Dienst der großen Erziehung zum Gemeinschaftsgefühl muß auch gestellt werden

die große Volkshochschulbewegung.

Wir bedauern, daß für diese Volkshochschulen auch diesmal nur 300 000 Papiermark, ein elender Reichspennig, flüssig gemacht worden sind. In den Dienst des großen Gedankens der Gemeinschaftskultur muß auch die Kunstpflege hineingestellt werden.

Ausgaben für die Volkshochschulen sind werbendes Kapital im besten Sinne des Wortes. Wir machen uns das Wort zu eigen, daß das eigentliche Wiederbaufministerium das Kultusministerium ist.

Abg. Dörsch (Dn-nat.): Wir können den heutigen Staat nicht freudig bejahren. Seine Aenderung erstreben wir aber nur mit gesetzlichen Mitteln.

Abg. Mühlmeier (Dt. Vp.): Die evangelische Kirche ist an keine Staatsform gebunden. Sie ist überstaatlich.

Kultusminister Dr. Voelz: Eine Aenderung der Schulgesetzgebung wäre verfassungswidrig. Wir müssen auch das Reichsschulgesetz abwarten. In der Frage der Abhebung der Leistungen des Staates an die Kirchen bestehen keine grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Reichsministerium und mir.

Abg. Gumbel (Soz.): Es ist erfreulich, daß Preußen keine Universitäten voll aufrechterhalten kann. Aber es fehlt die nötige Anpassung an den demokratischen Geist.

Der Abt des Ministeriums, allgemeine Verwaltung und geistliche Verwaltung werden genehmigt. Es folgt die allgemeine Ansprache zum zweiten Abschnitt: Universitäten, Charité-Krankenhäuser in Berlin, Technische Hochschulen usw.

Abg. Gumbel (Soz.): Es ist erfreulich, daß Preußen keine Universitäten voll aufrechterhalten kann. Aber es fehlt die nötige Anpassung an den demokratischen Geist.

(Fortsetzung des reaktionellen Teils nächste Seite.)

Die Stellung der Zwischenmeister. Der amtliche "Preussische Pressedienst" teilt mit: Der preussische Minister für Handel und Gewerbe vertritt im Einkommen mit dem Reichsarbeitsminister die Auffassung, daß zur Regelung von Arbeitsbedingungen Zwischenmeister einer Arbeitnehmervereinigung nur beitreten dürfen, wenn sie ihre Interessen als Arbeitnehmer wahrnehmen wollen.

Gemeingefährlicher Taschendieb. Der 22-Jahre alte Pole Walsch war vom Schöffengericht wegen vollendeter Taschendiebstähle zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt worden. Wegen dieses Urteils hat der Verurteilte Verurteilung eingelegt. Bei Nachprüfung der Personalien stellte das Gericht fest, daß der Angeklagte jetzt eine 3jährige Zuchthausstrafe wegen acht ihm nachgewiesener Taschendiebstähle zu verbüßen hat.

Verfälschungsmarken verschiedener Werte der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt in Höhe von 2591 Mark befinden sich in verdächtiger Weise; sie sind deshalb angehalten und vorläufig sichergestellt worden. Angehört sind sie Ende v. J. hier gegen ein Darlehen in Pfand gegeben. Etwa durch Diebstahl oder Unterschlagung in dieser Weise beschaffte werden erzuht, sich bei der Kriminalpolizei, Zimmer 262, zu melden.

Gestohlen wurden: aus einer Wohnung am Hohenhausenring ein silberner Becher (geg. Beh.), etwa 10 Stücker Schürzen, grün/blau kariertes und punktiertes Kattunstoff, weißer Nips für Hemden einlage, eine größere Menge weißes Linnen- und Batist-Hemdenstück, 6 kleine Bettlaken mit vorangezeichneten H. D.; aus einem Geschäft in der Reschländer Straße größere Mengen Handtuchstoff, kungelmufterter Kattun und Woll, gebülmter Bettzugstoff, Garnen, Tisch- und Handtücher, Woll-Linwandtücher und 36 farbige Hemden; aus einer Wohnung im Röhren ein Damen-Schulstiefel; aus einem Geschäft an der Südbühne ein blaugrüner kleiner Handleitwagen; aus einem Wagen im Hof eines Geschäftes in der Schöndorferstraße eine aromatisierte Flüssigkeit, eine blaue und eine grüne Rolldecke; in einem Geschäft am Breiten Wege ein schwarzer Winterüberzieher; aus einem Keller in der Regierungstraße eine größere Menge Kupferdraht; aus einem Geschäft in der Kaiserstraße ein halbes hellbraunes quadratisches Anzugstück; auf der Seydewitzstraße ein Fahrrad "Göbel" Nr. 551175 mit grauem Rahmen und Felgen und mit Gepäckträger.

Arbeiter-Jugendbund Groß-Magdeburg.

- 1. Allgemeines. Arbeitssabend für alle Arbeit: Freitag 18 Uhr Jugendheim Georgenplatz. 2. Besondere. Zeit: Donnerstag 6 Uhr Jugendheim Georgenplatz Probe zur "Ansgar". Alle pünktlich kommen. 3. Gruppen. Altstadt Nord, Süd und Ost: Mittwoch Scharnhöhe Dreieckstraße...

Theater, Konzerte, Vorträge u.

- Städtisches Theater. Stadttheater. Donnerstag (A. Abend) wegen Erkrankung des Personals gelangt zur Aufführung: Sigismondo - Freitag (A. Abend): Carmen - Samstag (A. Abend): Andine - Sonntag nachm. 7 1/2 Uhr: Roter Baum; abends (A. Abend): Sigismondo. Wilhelm-Theater. Donnerstag bis Sonntag: Schwandmüller Der letzte Schwan. Freitag den 2. Februar: Der Jägerbaron. Stadttheater. Die Einlösung der Surestimatorien für die vier Jahre erfolgt von Donnerstag den 2. bis Samstag den 4. Februar 1 und 2 Uhr; Montag den 2. Februar 1. Sonntag 1. Sonntag die kommende Preisverteilung des Personals sowie der Sonderarbeiten gemäß der Statuten, für das Programm eine Erhöhung von 250 Mark für die vier Jahre zu nehmen. Die Ausgabe der Surestimatorien findet Mittags an der Kasse im Schloß (Antrag dem Theaterdirektor) nur vormittags von 10 bis 2 Uhr statt. Der Betrag der Surestimatorien bleibt unverändert an der Theaterkasse in der Schloßstraße. Samstags. Kunstsalon. Scharnhöhe Straße 2. Jahresausstellung der "Söhne". 11 bis 3 Uhr, auch für Nichtmitglieder. 1930

Das geheimnisvolle Schränkchen.

Namen von Burton & Stebenjon. Sachmal vertoren. (61. Fortsetzung) Ein Schamer ließ mit den Händen hinab, als ich mich des Halses, der Kälte mit jener Antreue hingewandt gefühlt hätte, erinnerte, das Grobarch in seiner Tasche lag. Aber dieses Mal hatte er keine Hand im Sinne gehabt. Ich erinnerte mich der Behauptung Godfrees, daß er nie einen Gegner hätte. Der Arzt antwortete artig, und nach einigen Minuten schloß Simmonds plötzlich die Augen, bei einem langen Wimpernschlag und schloß sie auf. Dann schloß er die Augen ein und blinzelte wieder und erwiderte mir.

Als der Wagen an der Wand anlangte, war nur noch Simmonds drin. Simmonds fuhr mit, weißt Du! "Ja er verbleibt?" "Er war bemühtlos, aber ist wieder zu sich gekommen." "Das ist recht - aber Grobarch würde ihn ja nicht ernsthaft verbleiben lassen. Er hat natürlich die Jungs mitgenommen?" "Richtig!" beteuerte ich, "überhaupt, daß Godfrey so kühl ist." "Als Du hinausgehst", sagte ich hinzu, "dachte ich, Du würdest ihn verbleiben lassen." "Mit gewisser Willkür Vorführung? Nein, ein solcher Mann ist es nicht. Rechtlich war er mit mir eine halbe Sekunde voran und entkam." "Ich bedauere, Dich zu erreichen," erklärte ich, "jobald mir Simmonds mitteilte, daß sie nach dem Schränkchen gehen wollten. Ich telephonierte an die Redaktion. Der Lokalredakteur sagte mir, Du fährst nach Westphalen hinan." "Grobarch laßt sie." "Ich bin ganz Karren gefahren worden," sagte er, "hau meinen Fremden Grobarch. Aber selbst dann wäre ich noch rechtzeitig zurückgekommen, wenn wir nicht fünf Meilen von aller menschlichen Hilfe entfernt, eine Fenne gehabt hätten. Ich wußte, was in der Luft lag - aber was konnte ich machen? Er hat was alle an der Kasse herangeführt, Leister. Ich sagte Dir ja, daß er es hat wollte!" "Du hast also meine Mitteilung nicht erhalten?" "Nein - als ich telephonierte, daß die Sache in Westphalen ein Hauptquartier sei, wurde sie mir übermittelt. Ich eilte auf die Station, fragte ich, ob ich es zu spät sein würde." "Über Godfrey," sagte ich, "ich kann es nicht verstehen, und ich weiß nicht, wie er es angeht hat. Grobarch und Simmonds wollten gekommen mit Pigot das Boot und waren den ganzen Abend mit ihm gekommen, um ihm die Geheimnisse zu sagen. Wie ist Grobarch herangekommen? Das hat er mit Pigot ausgehandelt? Wo ist denn Pigot?" "Auf der 'Sabote'. Grobarch rief mich in die Station berief, habe ich kühnlos angefragt. Man hat mich sofort und Pigot gefangen und getrieben unter dem Bett in seiner Staatskabine aufgebunden." "Ich war verwirrt." "Und ich hatte keine Ahnung davon!" sagte Godfrey in einem Tone. "Wir wurden da und haben die Nacht mit der unheimlichen Fenne verbracht; wir haben, wie sie einen Mann an Bord der 'Sabote' anheftete; wir haben den Mann mit Pigot reden..." "Ich sagte ich dachte, ja." "Der Mann hat niemand anders als Grobarch. Er beugte sich mit Pigot in seine Kabine - er gab ihm ein Betäubungsmittel, das der gleiche Art wie nützlich dem guten Simmonds, er schloß ihn unter das Bett, zog seine Kleider an, richtete sein Gesicht her, zog eine Perle über den Kopf - und all das geschah, während wir uns drinnen die Fenne machen fanden, um auf ihn zu warten." "Aber es war ja ein schreckliches Vergnügen," sagte ich. "Es

waren so viele Leute an Bord, die Pigot kannten - er mußte sich ja ganz vollendet verkleiden." "Das ist für Grobarch kein Hindernis. Aber er hat gar nicht so viel Spiel gesucht. Niemand von uns hatte Pigot genau gesehen; wir hatten ihn nur von hinten zu Gesicht bekommen; und die Passagiere waren alle auf Deck, um die Fenne zu beobachten. Natürlich war seine Kleidung vollendet. Grobarch ist ein Künstler in diesem Fach, und er war ohne Zweifel mit Pigots Verkleidung sehr genau bekannt. Er hat den Quartiermeister getuschelt - der hat auch gar nichts geahndet!" "Also war es wirklich Grobarch..." "Aber wir hätten es argwöhnen sollen. Wir hätten überall Verdacht haben sollen; ich hätte mich nach dem Besucher umsehen und ausfindig machen sollen, was aus ihm wurde. Statt dessen steckte Grobarch Pigots Kabine in die Tasche, stellte seinen Handkoffer vor die Tür der Kabine und kam dann in aller Eile zurück heraus, um seine lieben Freunde von der Fenne zu begrüßen; und ich stand da und hielt wie ein kleiner Schuljunge eine Ansprache an ihn - kein Wunder, wenn er mich für einen Esel hält." "Aber niemand würde so etwas geahndet haben," sagte ich. "Aber der Mensch ist eben ein - ein..." "Ein Genie," sagte Godfrey. "Ein vollendetes Genie. Aber ich wußte das ja, und ich hätte auf meiner Haut sein sollen. Erinnere dich an Dich, daß er sagte, er würde heute kommen!" "Ja." "Und Du wollest es nicht glauben." "Ich kann es noch jetzt nicht glauben." "Es ist nur ein tröstliches - daß es Grobarch den Hals brechen wird." "Aber, Godfrey," sagte ich, "wenn Du nur die Diamanten hättest haben können - die große wundervollen Diamanten - es ist niederrichtig, daß es ihm gelang, mit ihnen vor unserer Nase durchzubrennen!" "Ja, es ist niederrichtig, aber was nützt es, darüber zu jammern? Leister" setzte er in anderer Tone hinzu, "ich möchte, daß Du morgen oder vielmehr heute um Mittag in Deinem Bureau wärest!" "Ich recht," versprach ich, "ich werde dort sein." "Daß Du bestimmt dort bist! Der letzte Akt der Komödie soll gespielt werden." "Verlag Dich drauf," wiederholte ich. "Aber ich fürchte, daß der letzte Akt gegen die andern abfallen wird. Grobarch, Godfrey..." "Jetzt geh zu Bett," unterbrach er mich, "Du redest wie ein Redaktionsredakteur. Schlafe Dich tüchtig aus. Hast Du Deine Korb bereinigt für die Reise getroffen?" "Gut, Godfrey, sage mir..." "Ich will Dir gar nichts mehr sagen. Aber ich habe noch eine Sache, die erprobieren soll. Und zwar keine Heine. Du wirst einen Erfolg machen!" "Ich hätte, wie er vor sich hinschloß." "Gute Nacht," sagte ich und hingelte den Gürtel auf. (Fortsetzung folgt.)

Gedankens, später dann Ausgangspunkte des geistigen Lebens heute herrscht

an den Universitäten die flüchtigste Reaktion. Die Verwaltungsbeamten erhalten während ihrer Ausbildung viel zuwenig Gelegenheit, sich mit der neuen Verfassung und mit dem Wirtschaftsleben zu beschäftigen.

Mag. Dr. Schwering (Atr.): Die einseitig monarchistische Einstellung der Studentenschaft ist bedauerlich. Die Selbstverwaltung der Universitäten darf nicht angetastet werden.

Mag. Dr. Hoffmann (St.-natl.): Die Lehrer und Beamten unserer Hochschulen müssen besser befolgt werden. Dem Studentennachwuchs aus dem Mittelstand muß geholfen werden.

Hierauf werden die Abstimmungen über die Streikentwürfe vorgenommen. Der unabhängige Antrag auf Einleitung eines Verfahrens gegen den Berliner Polizeipräsidenten wird mit 240 gegen 88 Stimmen abgelehnt.

Hierauf wird die unterbrochene Beratung fortgesetzt. Mag. Dr. Winkler (St. Wp.): Der Zustrom zum volkswirtschaftlichen Studium ist bedenklich gestiegen.

Mag. Dr. Wehl (Ansch. Soz.): Die Hege gegen die ausländischen Studenten geht von denselben Kreisen aus, die hervorragende Wissenschaftler aus Deutschland wegzuholen, wie es der Fall Nicolai gezeigt hat.

Provinz und Umgegend.

Obenfeld. Sozialdemokratischer Verein. Am Freitag den 24. Februar, abds. 8 Uhr, Mitgliederversammlung beim Gastwirt Kniep.

Kreis Wanzleben.

Arbeiterjugend. Am Sonntag den 26. Februar, vormittags 11 Uhr, findet im „Junghorn“ (Hof 3) in Klein-Dietrichshausen eine Führerweisung des Bezirkes Wolmirstedt-Diesdorf statt.

Gr.-Ottersleben, 22. Februar. (Praktikverkauf.) Am Donnerstag bei Ernst Freitag ein Zentner zu 30 Mark. Nr. 1-1000.

Kreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben.

Neuhaldensleben, 22. Februar. (Hochwasser.) Unser sonst so zahmes Weibchen ist durch das plötzliche Lawenwetter zornig und zum reißenden Gießbach geworden. Gewaltige Eiszschollen haften sich in den engen Stellen des Flussbettes auf und bildeten so eine Ueberflutungsgefahr für die benachbarten Grundstücke.

Gr.-Ammensleben, 22. Februar. (Eine öffentliche Siedlerbundsversammlung) tagte am Sonnabend im Welemannschen Lokal. Der Bundesvorsitzende Höft sprach über die Entstehung des Grundbesitzes zur Zeit der Ritterszeit.

Garbe, 22. Februar. (Monarchistenwerbung beim Kaffeeklatsch.) Die Fürstin von und zu Putbus veranstaltete kürzlich für die Arbeiterinnen des Gutes in den Räumen ihres Schlosses ein Kaffeeklatschen.

Neuhaldensleben, 22. Februar. (Fahrradwunder.) Der Monteur Pauli und der Arbeiter Benje, jeder etwa 20 Jahre alt, sind vom Schöffengericht in Neuhaldensleben wegen eines Fahrraddiebstahls zu 6 und 9 Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Kreis Jerichow 1 und 2.

Burg, 22. Februar. (Ein erfreuliches Ergebnis) zeitigten die ersten Agitationsstage unserer Verbände. Einzelne Genossen haben große Erfolge erzielt. Das sollte für alle andern Genossen und Genossinnen ein Aufsporn sein.

Kämpfer für die Partei und Leiter für die „Volksstimme“. Die Sekretäre werden in diesem Monat bereits am Sonnabend den 25. Februar ausgehollt. Entwischen hat aus dem Amtsgerichtsgefängnis die Strafgefängnisse Subert Wolf und Robert Moschall.

Kreis Kalbe.

Förderfest, 22. Februar. Die Mitgliederbererjamlung des Sozialdemokratischen Vereins nahm den umfangreichen Bericht von der letzten Gemeindevertreterwahl entgegen. Die Ansprache darüber nahm fast den ganzen Abend in Anspruch.

Kalbe, 22. Februar. (Ungewöhnliche Wertsteigerung in der Landwirtschaft.) Ein Landwirt in Bierre hat seine Wirtschaft veräußert und dabei für den Morgen Acker 25 000 bis 28 000 Mark bezahlt bekommen.

Schönebeck, 22. Februar. (Stadtvorordneten-Sitzung.) Als Vizebürger zum Vizebürgeramt wurde Genosse Höyer und als Stellvertreter Genosse Griebner gewählt. Eine Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues soll vom 1. Oktober an vom Wohnungsbau derjenigen Gebäude erhoben werden, die vor dem 1. Juli 1913 gebaut sind.

Altmark.

Gardelegen, 22. Februar. (Vom D-Zug getötet.) Ein 46-jähriger Rangierer überfuhr die Gleise, um zu seinem rangierenden Güterzug zu gelangen. Dabei bemerkte er nicht das Herannahen des D-Zuges.

Kleine Chronik.

Genus Revision vertorfen. Der hiesige Strafsenat des Reichsgerichts verhandelte in längerer Sitzung über die von den Anwälten des Reichsgerichts gegen das doppelte Todesurteil des Hirschberger Schwurgerichts eingeleitete Revision.

10 Jahre Zuchthaus wegen Sittlichkeitsverbrechen. Ein gemeinschaftlicher Mord hatte sich in der Person des Maschinenputzers Borbs aus Straupitz vor dem Hirschberger Schwurgericht zu verantworten.

Mord und Selbstmord eines Junkers. Das Café Rheinold in Rathenow wurde Sonntag nacht der Schauplatz einer Mordtat. Es befanden sich in dem Lokal eine Anzahl Militärpersonen vom Rathenower Reiterregiment, u. a. ein Offizier, ein Oberführer, zwei Wachtmeister und der Geleitführer v. Kalkreuth.

zum Schutze des Wirtes hinzutreten. Wöllisch zog v. Kalkreuth den Revolver hervor und feuerte blindlings mehrere Schüsse ab, von denen der Kaufmann Hornann tödlich getroffen wurde.

Lohnender Lumpenhandel. Vor dem Landgericht I in München begann ein Prozeß, der einen Millionenkonkurs zum Gegenstand hat. Der 39 Jahre alte Bader und Ausgeber von der Heiden aus Duisburg kam im Jahre 1900 nach München und eröffnete mit einem Kapital von 500 Mark ein Altpapier- und Lumpengeschäft.

Ein Luftschiff explodiert. Bei einem Probestieg des italienischen Luftschiffs Roma in Neapols-Bucht (Amerita) erfolgte eine Explosion der Motore, als sich das Luftschiff in einer Höhe von 600 bis 1000 Fuß befand.

Künstleranklage. Zu dem berühmten Berliner Maler L. kommt eine Kriegsgemalderin, um sich porträtieren zu lassen. Bei der dritten Sitzung wird sie unruhig und verläßt, einen Blick auf das werdende Werk zu werfen.

Eingefandt.

Für diese Antritt übernahm die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

An die Wilhelmshafenbadgenossenschaft. Als das Wilhelmshafenbad vor kurzer Zeit seine Pforten für dauernd wieder öffnete, wurde es von den beruflich tätigen Damen alleits freudig begrüßt, daß ihnen die Möglichkeit gegeben wurde, des Sonntags, morgens von 9 bis 11 Uhr dem Schwimmbad zu huldigen.

Der vom 1. März an gültige Schwimmpfad sieht zwar für die Damen zwei Wochentage (von 1 bis 6) vor, nimmt aber dafür durch den Ausfall der Sonntagsvormittagsstunden den vielen Damen, die im erwerbstätigen Leben stehen und erst des Abends um 6 Uhr und noch später Geschäfts- bzw. Bureauaufschluß haben, überhaupt jede Gelegenheit zum Schwimmen.

Verens-Kalender.

Wird nur gegen Vorausbezahlung, die Seite 1.50 Mark aufgenommen. Zentralverband der Köpfer. Donnerstag den 23. Februar, nachmittags 5 Uhr, Verammlung bei Kumbler, Kleine Klosterstraße 15/16.

Briefkasten.

An viele. Eine Sendung Arbeiter-Kalender für 1922 ist neu eingetroffen und noch für 4.50 Mark in der Buchhandlung Volksstimme zu haben.

Städtischer Schlacht- und Viehhof.

Magdeburg, 21. Februar. Auf dem hiesigen städtischen Schlacht- und Viehhof wurden aufgetrieben: 822 Rinder, und zwar 139 Ochsen, 181 Bullen, 499 Färsen und Kühe, 111 Ferkel, 591 Kälber, 499 Schafweiden, 1574 Schweine. Besagt wurde für 100 Pfund Lebendgewicht: 1. Rinder: a) vollfleischige, ausgewärmte höchsten Schlachtwerts, die noch nicht gezeugt haben (ungefähr) 1200-1400 Mark, b) vollfleischige, ausgewärmte im Alter von 4 bis 7 Jahren 1000-1150 Mark, c) junge, fleischige, nicht ausgewärmte und ältere ausgewärmte 800-850 Mark, d) mäßig geäußerte, gut geäußerte Kühe — Mark, e) vollfleischige, ausgewärmte höchsten Schlachtwerts 1200-1400 Mark, f) vollfleischige, ausgewärmte höchsten Schlachtwerts bis zu 7 Jahren 1200-1400 Mark, g) ältere ausgewärmte Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Färsen 850-1150 Mark, h) mäßig geäußerte Kühe und Färsen 800-900 Mark, i) gering geäußerte Kühe und Färsen 700-800 Mark, j) gering geäußertes Jungvieh (Ferkel) 800-1000 Mark, k) Rinder: a) Doppelender, feinstes Mark 1500-1700 Mark, b) feinstes Markfärsen 1300-1400 Mark, c) mittlere Markfärsen und beste Saugfärsen 1200-1300 Mark, d) geringe Markfärsen und gute Saugfärsen 900-1100 Mark, e) geringere Saugfärsen 700-900 Mark, f) Saugfärsen, a) Saugfärsen, b) Saugfärsen, c) Saugfärsen, d) Saugfärsen, e) Saugfärsen, f) Saugfärsen, g) Saugfärsen, h) Saugfärsen, i) Saugfärsen, j) Saugfärsen, k) Saugfärsen, l) Saugfärsen, m) Saugfärsen, n) Saugfärsen, o) Saugfärsen, p) Saugfärsen, q) Saugfärsen, r) Saugfärsen, s) Saugfärsen, t) Saugfärsen, u) Saugfärsen, v) Saugfärsen, w) Saugfärsen, x) Saugfärsen, y) Saugfärsen, z) Saugfärsen.

Wasserstände.

Table with columns: Ort, Stand, Datum, etc. showing water levels for various locations like Dresden, Leipzig, etc.

Wettervorhersage.

Sonntag, 23. Februar: Heftig heiter, vorwiegend trocken, tagüber mild (Schluß des redaktionellen Teils.)

Advertisement for 'Lukirol' eye medicine, featuring an illustration of an eye and text describing its benefits for various eye conditions.

